

Erscheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.
 Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes an.
 Für Leipzig nehmen Bestellungen an:
 die Expedition, Hohe Str. 4.
 N. Seidel, Peterstr. 18.
 F. Thiele, Emilienstr. 2.

Der Volksstaat

Abonnement-Preis:
 für Preußen incl. Stempelsteuer 17 Sgr., für die übrigen deutschen Staaten 19 1/2 Sgr. per Quartal, per Monat 4 1/2 Sgr., für Leipzig und Umgebung per Quartal 13 Sgr.
 Filial-Expedition für die Vereinigten Staaten:
 F. A. Sorge, Box 101
 Hoboken N. J. via New York

Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerkschaften.

Der Tauschwerth.

Von C. A. S.

„Die nationalökonomische Werthvorstellung ist eine Hauptposition, man kann sagen, die entscheidende Position im wissenschaftlichen Streite des Socialismus und der bürgerlichen National-Ökonomie. Die letztere hat durch Vernachlässigung klarer Werthbestimmungen selbst nicht wenig Schuld daran, daß der Socialismus mit bestehenden Werth-Theorien dem bürgerlichen Privat-Eigenthum wissenschaftlich sehr nahe auf den Leib zu rücken vermocht hat.“

Professor Schäffle hat mit diesen Worten den Nagel auf den Kopf getroffen; von der Richtigkeit oder Unrichtigkeit des Werthbegriffes, wie ihn nach Adam Smith Ricardo, Carey, endlich Marx festgestellt hat, hängt die wissenschaftliche Begründung der sozialen Forderungen ab; ist die Marx'sche Werth-Theorie richtig, so läßt sich gegen die weiteren Schlussfolgerungen kein Wort mehr einwenden; ist diese Theorie aber falsch, so fällt das ganze System zusammen. Das erkennt ja auch Professor von Sybel in seinen Vorträgen über die Lehren des heutigen Socialismus und Communismus an: „Wer ihm (Marx) die ersten Sätze zugiebt, wird unwiderstehlich zur Anerkennung der letzten Folgerungen genöthigt.“

Es scheint daher zweckdienlich, nicht nur die von Marx aufgestellte Werththeorie immer von Neuem zu vertheidigen und zu erklären, wie dies in den Nr. 1 bis 4 dieses Jahres geschehen ist, sondern auch einmal die von den Gegnern aufgestellte Werththeorie einer Besprechung zu unterziehen, und wollen wir uns daher diese Werththeorie, wie sie die Professoren Schäffle und von Sybel populär formulirt haben, näher ansehen. Es handelt sich dabei natürlich nur um den Tauschwerth.

Professor Schäffle definiert den Werth folgendermaßen:

„Der Tauschwerth ist die Bedeutung eines Gutes, welche aus Anlaß des praktischen Aktes des Tauschens von den Tauschenden dem Gute beigelegt wird mit Rücksicht auf den Kostenaufwand, den es den Tauschenden verursacht hat, oder erspart wird, wenn er es eintauscht, und mit Rücksicht auf die Befriedigung, welche durch Beträufung erzielt wird, durch Erwerb erlangt wird. Der Tauschwerth eines Gutes ist stets Produkt sowohl einer Kosten-, als einer Gebrauchswerth-Erwägung, ein Urtheil des mit Rücksicht auf die Unlust, mit Rücksicht auf die Befriedigung Lust empfindenden Gefühls.“

Ganz dasselbe sagt, mit anderen Worten, Herr von Sybel:

„Der Tausch ist ein zweiseitiges Geschäft, der Tauschwerth wird nicht durch einen Faktor, sondern durch zwei bestimmt, durch das Quantum menschlicher Lebenskraft, das zur Erzeugung der Waare nothwendig ist, und durch das Quantum menschlicher Lebenskraft, das vom Gebrauche der Waare erhofft wird. Er wechselt je nach dem augenblicklichen Verhältniß beider Faktoren. Die Energie, die zur Herstellung der Waare schlechterdings erforderlich ist, bezeichnet seine unterste, seine Minimalgrenze, die Energie, die sich in dem augenblicklichen Verlangen nach der Waare ausdrückt, seine oberste oder Maximalgrenze. Das feste Maß des Tauschwerthes ist demnach nicht allein die Zeitdauer der erzeugenden Arbeit, sondern das Verhältniß derselben zu dem Drange des dadurch zu stillenden Bedürfnisses; oder, um es mit einem Worte auszusprechen, die Zweckmäßigkeit der Arbeit ist Quelle und Maß des Werthes.“

Fassen wir den Inhalt dieser Sätze kurz zusammen, so lautet derselbe:

Der Tauschwerth ist das Produkt der Schätzung von Käufer und Verkäufer. Ersterer nimmt die Schätzung vor unter Berücksichtigung des Nutzens, den das Gut ihm gewähren kann, letzterer unter Berücksichtigung der Arbeit, die die Erzeugung des Gutes gekostet hat.

Die Volkswirtschaft hat nur mit den materiellen Gütern, mit den Waaren, zu thun; Marx beginnt das „Kapital“ mit den Worten: „Der Reichtum der Gesellschaft erscheint als eine ungeheure Waarensammlung;“ man darf daher auch nur an materielle Gegenstände denken, wenn man sich den Begriff der „Werthschätzung“, wie er in den Theorien der bürgerlichen Ökonomie vorkommt, klar machen will. Wohl spricht man von der Werthschätzung einer Person, von dem Werth einer wissenschaftlichen Untersuchung, einer aufopfernden Handlung, der Gesundheit, — diese idelle Werthschätzung ist aber nur bildlicher Natur, gehört nicht in den Bereich des Tauschwerthes. Der Tauschwerth, der hier zu definiren ist, ist der einer Waare, die auf dem Markt von einer Hand in die andere gehen kann.

Da behaupten also die Gegner, der Tauschwerth ist das Resultat einer zweiseitigen Schätzung, folgerichtig ist also überhaupt kein Tauschwerth vorhanden, wenn die zweiseitige Schätzung nicht stattfindet; der Tauschwerth würde also nur im Moment des Tauschens geschaffen, um sofort wieder zu verschwinden.

Kann man denn aber überhaupt etwas schätzen, was gar nicht existirt? Der Tauschwerth einer Waare muß unbedingt vorhanden sein, sonst kann man seine Größe gar nicht schätzen; die Schätzung kann sich also auf gar nichts anderes beziehen, als auf die nicht genau zu messende Größe!

Wenn wir die Ausdehnung eines Körpers nicht genau kennen, so schätzen wir dieselbe, — entsteht durch unsere Schätzung nun erst die Ausdehnung, oder finden wir nicht vielmehr

durch die Schätzung nur das ungefähre Maß der Ausdehnung? Die Schätzung des Tauschwerthes kann sich immer nur auf seine Größe, auf seinen Maßstab — den Preis — beziehen. Die bewußte oder unbewußte — Verwechslung von Tauschwerth und Preis hat diese fehlerhafte und falsche Vorstellung vom Tauschwerthe entstehen lassen!

Weil wir heute den Tauschwerth jedes Gutes nach einem durch Gewohnheit und Gebrauch eingeführten Maßstab, nach Geld messen, erscheint Preis und Werth identisch; der Werth liegt aber, wie das Marx vortrefflich ausgeführt hat, in der Waare drin, ist in ihr geronnene Arbeitszeit, Arbeitsgallerte!

Durch die Schätzung von Käufer und Verkäufer kann also gar kein Tauschwerth entstehen, die Schätzung stellt nur die Größe desselben fest. Die Gegner gestehen nun zu, daß die Schätzung des Verkäufers sich nach den Kosten der Herstellung richtet, — der Käufer schätze aber nach dem Nutzen, den das Gut ihm gewähren werde. Der Tausch ist ein zweiseitiges Geschäft; jeder Käufer ist auch Verkäufer und umgekehrt; ja man kann behaupten, daß der Begriff „Käufer“ erst ein durch den Begriff „Verkäufer“ entstandener ist. Wer irgend eine Sache kaufen will, muß vorher Geld haben; Niemand kann auf die Idee kommen, eine Sache einzutauschen, der nicht ein Äquivalent besitzt, das er dafür hingeben will; Jeder ist also schon Verkäufer, ehe er Käufer sein kann. Da nun Jeder, der etwas austauschen will, als Verkäufer den Werth seines Tauschobjekts — die Kaufkraft desselben — bereits abgeschätzt hat und kennt, ehe er eine Schätzung des ihm gebotenen Äquivalentes vornimmt, muß auf beiden Seiten die Schätzung nach dem Interesse des Verkäufers — d. i. nach der in der Waare enthaltenen Arbeitszeit — vorwiegend sein, sobald nur der Tausch von beiden Seiten als ein vollständig freiwilliger, nicht durch besondere Verhältnisse erzwungener erscheint. Ist der Tausch kein freiwilliger, so kann von Seite dessen, der dazu gezwungen ist, eine richtige Werthschätzung überhaupt nicht vorausgesetzt werden.

Machen wir uns das an einigen Beispielen klar.

Im Urzustand, in dem Jeder nur für sich producirt, war der Tauschverkehr ein ganz beschränkter, da von beiden Theilen nur die überflüssig producirteten Lebensmittel vertauscht werden konnten. Hat Jemand nun irgend eine Sache überflüssig, so wird der Werth für ihn ein ganz geringer sein — einfach aus dem Grunde, weil die zur Erzeugung verwendete Arbeit gesellschaftlich nicht nothwendig war. Erst in der kapitalistischen Produktionsweise wird alle Arbeit zur „Erzeugung von Waare“ verwendet; in allen früheren Gesellschafts-Epochen ist die Produktion für den eigenen Bedarf vorwiegend. Daher stellt sich der Tauschwerth auch erst in der Neuzeit in seiner reinsten, ausgeprägtesten Form der Beobachtung dar. Anders gestaltet sich der Tausch in dem Fall, wo der eine Theil schon Waare zum Tausch producirt hat, der andere Theil aber noch den Ueberfluß fortgiebt, — ein Verhältniß, wie wir es im Verlehr der civilisirten Nationen finden. Hier bestimmt der Waarenbesitzer den Preis; er weiß genau, was ihm die Waare kostet, und bestimmt danach, wie viel der Andere von dem überflüssig Vorhandenen dafür zahlen soll. Der Tauschhandel, wie er an der Westküste von Afrika mit den Negern getrieben wird, bestätigt die Richtigkeit dieser Ansicht, — alle verlegene Waare wird den Negern gegen ihre Produkte angeschmiebt, — nicht das Gefühl der Befriedigung, was durch den Besitz der Waare erlangt wird, bestimmt die Höhe des Tauschwerthes, sondern die schlaue Berechnung des betrügerischen Händlers. Selbst noch in unserer Zeit kann man die Richtigkeit dieser Behauptung an den auf dem Lande umherziehenden Händlern prüfen, welche die den Landeuten überflüssigen Waaren, Lumpen, Knochen u. nicht kaufen, sondern gegen werthlose Ringe u. eintauschen. Da bestimmt immer der wirkliche Waare besitzende Händler den Preis, weil eine richtige Werthschätzung des eigenen Produkts den überflüssigen Erzeugnisse besitzenden Landeuten unmöglich ist.

In den beiden angeführten Fällen, wo Ueberflüssiges fortgegeben wird, ist der Tausch nicht frei, erst dann, wenn Waarenbesitzer dem Waarenbesitzer gegenübersteht, wie das jetzt bei unserem gesellschaftlichen Zustand der Fall ist, kann von einem freien Tausch, daher auch von einer unbefangenen Werthschätzung die Rede sein.

Daß auch in unseren gesellschaftlichen Verhältnissen häufig Fälle eintreten, die beim Tausch den einen Theil zwingen, der Forderung des anderen Theiles unbedingt nachzugeben, wie das beim Verkauf der Arbeitskraft, bei Theuerung der Lebensmittel und bei eingetretener Handelsstockung für den Waarenbesitzer gegenüber dem Geldbesitzer der Fall ist, mag hier unberücksichtigt bleiben.

Betrachten wir nur das Verhältniß beim vollständig freien Tausch, wir werden finden, daß nicht die Frage: „Welches Quantum Genußmittel erhalte ich?“ das Entscheidende ist, sondern die Frage: „Was kostet mir die Waare? — X braucht einen neuen Rock, weil sein alter schon schlecht wird, — was thut er da? Er erkundigt sich nach dem Preise. Selbstverständlich würde ihm ein Rock vom feinsten Tuch mehr und besser gefallen, als einer von ordinärem; X kann aber nach seinen Verhältnissen nur 10 Thlr. für einen Rock jährlich ausgeben, da seine Einnahmen von seinen übrigen Bedürfnissen vollständig aufgezehrt werden. Was ist das Entscheidende bei diesem Tausch? Den geforderten Preis setzt X in ein Ver-

hältniß zu seinen Einnahmen; sagen 10 Thlr. sind gleich dem Verdienst einer Woche, also für ihn gleich dem Arbeitsprodukt von einer Woche. Er kann nicht mehr opfern, er kauft für 10 Thlr. den Rock, obgleich er weiß, daß ein Rock für 15 Thlr. besser ist und länger hält, als der gekaufte.

Setze statt des nothwendigen Rockes eine unnötige Sache, ein Bild zum Zierath der Stube. In allen Fällen hat der Verkäufer der Waare den Preis nach der darauf verwendeten Arbeit berechnet; der Käufer prüft den geforderten Geldpreis nach seiner Einnahme, mit anderen Worten, er prüft seine Waare, das Geld, ebenfalls nach der zur Erlangung desselben nöthigen Arbeitszeit.

Die Schätzung des Werthes der eigenen Waare beim Tausch wird also von beiden Theilen nach der zur Erzeugung der Waare gesellschaftlich nothwendigen Arbeitszeit vorgenommen, und ist das entscheidende Moment beim Tausch.

Wie wird aber der Werth der eingetauschten Waare geschätzt?

Darüber giebt uns die Lehre der bürgerlichen Ökonomie über die Concurrenz genügenden Aufschluß. Nach dieser Lehre hat bei vollständig freier Concurrenz jede Waare das Streben, sich mit ihrem Preise den Produktionskosten gleichzustellen. Wird zuviel von einer Waare producirt, so sinkt der Preis unter die Produktionskosten, die Fabrikanten hören auf zu produciren, bis der Consum die Waare verschlungen hat; dann ist wieder zu wenig auf dem Markt, der Preis steigt über die Kosten und lockt zu vermehrter Production.

In der heutigen Gesellschaft sorgt die Concurrenz für das Bekanntwerden der Preise, d. h. der annähernd richtigen Produktionskosten; jeder Käufer kennt also den Durchschnittspreis, d. i. die in der Waare enthaltene gesellschaftlich nothwendige Arbeit; von einer Schätzung ist da nur noch in vereinzelten Fällen die Rede.

Es dürfte hiernach klar sein, daß auch die „Schätzung des Tauschwerthes“ von beiden Tauschenden nur Schätzung der Herstellungskosten, d. h. Schätzung der zur Herstellung der Waare gesellschaftlich nothwendigen Arbeit ist.

Eine andere, aber auf derselben Auffassung von der Schätzung des Käufers beruhende Erklärung lautet bei von Sybel:

„Das Maß des Werthes ist die menschliche Arbeit im Verhältniß zu den menschlichen Bedürfnissen, die sie befriedigt.“

Wenn also zur Befriedigung verschiedener Arten des menschlichen Bedürfnisses gleiche Quantitäten Arbeit verwendet werden, muß nach der Erklärung der Tauschwerth da größer werden, wo ein größeres Bedürfnis vorhanden ist, denn sonst könnte doch von einem Verhältniß nicht die Rede sein.

Nun sehen wir aber, daß der Tauschwerth bei allen Waaren, die zur Befriedigung des äußersten Bedürfnisses der Menschen dienen, also bei den Nahrungsmitteln, geringer ist, als bei allen Luxus-Artikeln. Nehmen wir Mehl und Pomade. Zur Herstellung von beiden Waaren gehört nicht besonders große Kenntniß; die Arbeit des Müllers ist gewiß nicht leichter zu erlernen, als die Fabrication von Pomade. Sehen wir sie für in gleichem Zeitraum hergestellte Quantitäten gleich, so finden wir, daß das Bedürfnis nach Mehl, sowohl was die Menge der Waare, als auch die Zahl der Käufer betrifft, größer ist, als das Bedürfnis nach Pomade. Nach jener Theorie müßte also der Tauschwerth der letzteren geringer sein, als der Tauschwerth des Mehles, — wir finden aber bei allen Luxus-Artikeln, die verhältnißmäßig wenige Käufer finden, also nur geringes Bedürfnis befriedigen, höheren Tauschwerth, als bei ordinären Waaren, — ein Beweis, daß auch vorstehend citirte Werththeorie falsch ist.

Wenn Professor von Sybel die bürgerliche Werththeorie mit dem Ausdruck zusammenfaßt: „Die Zweckmäßigkeit der Arbeit ist Quelle und Maß des Werthes,“ — so können wir diesen Ausdruck bestens acceptiren, denn derselbe besagt ja genau dasselbe, wie die von Marx gebrauchten Worte: „gesellschaftlich nothwendige Arbeit.“

Zweckmäßig ist die Arbeit, wenn sie bei möglichst geringem Verbrauch menschlicher Lebenskraft den in der menschlichen Gesellschaft vorhandenen Bedarf an dem betreffenden Arbeitsprodukte befriedigt. Der Verbrauch der menschlichen Lebenskraft bei der Arbeit richtet sich nach dem Zustand den mechanischen Hilfsmittel; die Arbeit ist also nur dann zweckmäßig, wenn nicht mehr Lebenskraft verbraucht wird, als gesellschaftlich nothwendig ist. In Bezug auf die menschlichen Bedürfnisse, die die Arbeit befriedigt, ist sie nur dann zweckmäßig, wenn sie sich diesen Bedürfnissen quantitativ und qualitativ anpaßt, also nur das producirt, was „gesellschaftlich nothwendig“ ist.

Herr von Sybel sagt also genau dasselbe, wie Marx, gebraucht nur andere Worte, und kann sich von der einmal vorgefaßten Meinung, die Socialisten müßten auch wissenschaftlich Unrecht haben, nicht frei machen.

Es ist viel schwerer, um zulernten, als neu zu lernen, sagt Stuart Mill; Herr von Sybel giebt, wie die meisten bürgerlichen Ökonomen, einen treffenden Beleg für die Richtigkeit dieses Ausspruchs.

Die Anschauungsweise der bürgerlichen Ökonomen von dem Tauschwerth scheint allen Denen richtig, die den Handel mit Waaren als den eigentlichen Tausch betrachten, und daher meinen, daß, weil durch richtige Vorausberechnung der Nachfrag

der Kaufmann reicher wird, in dieser Schöpfung des Bedürfnisses die Quelle des Wertes enthalten sei. J. Dietgen hat schon in Nr. 31 auf diesen Irrthum hingewiesen; durch den Handel geht die Waare nur aus einer Hand in die andere, Tauschwerth entsteht daraus nicht, denn was der Eine durch richtige Speculation gewinnt, verliert ein Anderer.

So lange nicht bewiesen werden kann, daß die von Marx aufgestellte Werththeorie unrichtig ist — und das ist bisher noch nicht geschehen — so lange ist auch die Entstehung des Mehrwerths, wie sie Marx erklärt, unwiderleglich, und damit ist die wissenschaftliche Verechtigung der sozialen Forderungen bewiesen!

Politische Uebersicht.

In diplomatischen Kreisen erregt die Sendung eines gewissen Keudell auf den preussischen Gesandtschaftsposten in Konstantinopel einiges Aufsehen. Befagter Keudell ist nemlich einer der hoffnungsvollsten Böglinge der „Bismarck'schen Schule“, (für die Anwendung von „Blut und Eisen“ und die bekannte „politische Ehrlichkeit“). Daß gleichzeitig die von den Russen bezahlten Montenegro inischen Gurgelabschneider einen Nord- und Räuberzug auf türkisches Gebiet (sie nennen es „heiliger Krieg“) unternommen haben, wird mit der Sendung des hoffnungsvollen Böglinge der „Bismarck'schen Schule“ in Verbindung gebracht; und daß die „drei Kaiser“ bei ihrer neuartigen Zusammenkunft so viel vom „Frieden“ gesprochen haben, macht die Sache nur um so verdächtiger. Daß sich etwas gegen die Türken vorbereitet, ist nicht unwahrscheinlich. In diesem Fall würde Rußland und Preußen zusammengehen. Jedenfalls halten wir, abweichend von verschiedenen unserer Freunde, für die nächste Zukunft ein aktives Zusammengehen dieser beiden Annerionsstaaten für wahrscheinlicher, als einen Krieg zwischen denselben. Die Türkei und — Desterreich bieten ihnen noch auf einige Jahre hin gemeinsame „Objekte des Ehrgeizes.“ Erst wenn diese zwei letzten Bissen verspeist sind, werden sich die „glorreichen Sieger“ in die Haare geraten. Die Frage ist bloß, ob sie zum Verspeisen die nöthige Zeit haben werden.

„Wenn man überhaupt das Unglück hat, zu sitzen, muß man nur in Preußen sitzen; da ist es wenigstens erträglich“ — sagte einmal Herr von Schweizer. Eine Illustration zu diesem Ausspruch bietet eine Altonaer Correspondenz vom 25. September im „Neuen Sozialdemokrat“, in der es heißt:

„Im germanischen Kaiserreich geschah es nun, daß ein Germane der sich erstreckte, Majestätsbeleidigungen zu fabriciren, bei Kriegen über den Krieg, die spottbillige Regierung der Amerikaner u. in Folge dessen „von Reichswegen“ zu mehrmonatlichem hamelet Gefängniß verurtheilt wurde. Selbiger, Max Stöhr aus Kiel, Provinz Mecklenburg, ward alsdann abgeführt. Da nun in dieser civilisirten Monarchie Majestätsbeleidigung als das schwerste Verbrechen betrachtet wird, so wurde Stöhr mit einem wegen Diebstahls zu drei Jahren Verurtheilten zusammengeführt und nach der Mattenstadt Hameln abgeführt. Bei seiner Ankunft wurden ihm die Haare abgeschnitten, dann wurde ihm die Büchlingsgarberode angezogen und eine rüstige Nummer auf die Brust geheftet, welche hinfert die Stelle seines Namens vertrat. Zum Gefängnißpfaßen geführt, wurde er folgendermaßen eraminirt: Pfaffe: „Nr. 15 glauben Sie an Gott?“ Stöhr: „Verstehen Sie dabei einen persönlichen Gott?“ Pfaffe: „Ein unpersonlicher Gott ist ein vom Satan inspirirtes Wesen.“ Stöhr: „Ich glaube weder an einen persönlichen Gott noch Teufel.“ Pfaffe: „So — na wir werden später darüber sprechen.“ Zurückgeführt in seine Zelle ward Stöhr mit Strohhalm beschäftigt, welches er lernen mußte. Des Morgens um 5 Uhr begann seine Arbeit und endete Abends 7 Uhr mit 1/2 Stunde Mittagspause und 1/2 stündiger fortwährender Bewegung im Gefängnißhofe. Als Lektüre wurden ihm Bibel, Gesangbuch und ähnliche Sachen zugetheilt, und als Teufelsbeschwörer erschien dann und wann obiger Pfaffe, dessen Besuch gern gesehen ward, zumal sonst jeder menschliche Laut strenge verpönt war, und derselbe es trefflich verstand, die Lachmuskeln zu erregen. Zur Kirche mußte Jeder auf Kommando erscheinen, und da die Rimen sämtlicher Gefängniß-Inhassen, 370 an der Zahl, sich in Nummern verwandelt hatten, so katechisirte der Pfaffe folgendermaßen: „Sage mal, Nr. 17, warum wird so häufig das sechste Gebot übertreten?“ Nr. 17: „Aus Noth.“ Pfaffe: „Ach was. Sage mal, Nr. 23, was lehrt uns die Noth?“ Nr. 23: „Noth bricht Eisen.“ Pfaffe: „Das hat Dich der Satan gelehrt, denn Noth lehrt beten.“ u. s. w. Die Verhöre befand aus Schwarzbrod, Mehlsuppe, Wasser und Kartoffeln, mit gänzlichem Ausschluß von Fleisch, welches nur den Buchhändlern als Konsumartikel zugehört ist, und nicht den Gefängnißhassen.“

Im Passener Gefängniß waren neulich — wie die „Volksztg.“ vom 1. Oktober berichtet — 31 Gefangene in einem Raum zusammengedrückt. Da wunderte sich der Statistiker Engel noch darüber, daß so viel Gefangene an der Schwindsucht starben —

Aufmerksame Leser der „Volkszeitung“ wissen, daß Herr Bernstein abwechselnd auf zwei Stedenpferden reitet: das erste ist der Anti-Pfaffismus und das zweite die Jubelhymne, daß die Sozialdemokraten trotz des allgemeinen Wahlrechts nur wenig Vertreter im Parlamente haben, was ein Beweis sei, a) daß Lassalle, der so viel Hoffnungen für die Durchführung seiner Ideen auf das allgemeine Wahlrecht gesetzt, nichts verstanden habe, und b) daß die Sozialdemokratie im „gesunden Sinne“ des Volkes eben keinen Boden fassen könne.

Die seitens der Sozialdemokratie diesen sophistischen Ausführungen gegenüber gemachten Einwände, daß das allgemeine Wahlrecht nur in einer reifen, urtheilfähigen, allseitig gebildeten Gesellschaft einen wirklichen Prüfstein abgeben könne, nicht aber in der heutigen Gesellschaft, deren Majorität unwissend, oder verblüdet und in Vorurtheilen befangen ist, blieben bisher seitens der „Volkszeitung“ — wie fast die ganze von unserer Seite gegen sie gerichtete Polemik — unbeantwortet und unbeachtet; Herr Bernstein paukt nach wie vor auf das alte, leberne Thema. Doch we Drinuzd am größten, ist Ahriman am nächsten. Und der Ahriman der „Volkszeitung“ — der nie liest, was sein Kollege Drinuzd schreibt, wie wir des Desterren schon dargelegt haben — ist in der That unser unfreiwilliger Hauptzeuge in der vorliegenden Streitfrage.

In der Nr. vom 2. Oktober findet sich die Abschiedsrede des „Allverehrten“ an seine Wahlmänner — Schulze-Delitzsch hat nämlich sein Landtagsmandat niedergelegt — und darin kommt folgende Stelle vor:

„Wir können nicht leugnen, daß in den letzten Jahren Vieles (?) besser geworden ist, nicht nur in der äußeren Konstitutionierung Deutschlands, sondern auch im Innern, daß wir Vieles erreicht haben, warum wir ehrlich und lange gerungen: wir haben endlich die Handhabe bekommen, um das zu erlangen, was uns noch fehlt. Aber wie ist denn diese Handhabe gebraucht, wie ist das allgemeine Wahlrecht angewandt worden? Dieses Fundamentrecht aller Volksfreiheit wird schwerlich diejenigen Früchte tragen, welche man von ihm

erwarten darf, wenn das Volk dafür nicht reif ist. Blühen Sie doch auf Frankreich, das sich durch das allgemeine Wahlrecht den Gährungsgeist der Freiheit, den Siegel zum Ruin ausdrückte! Es ist gewiß richtig, daß die preussische Hauptstadt dem Lande immer mit fruchtendem Beispiel vorangeht; aber sehen Sie sich doch nur die Wählerlisten an, welche die Gleichgültigkeit bei den Wahlen, welches gläubige Vertrauen auf den Zufall! Gar viel bleibt noch zu thun zur richtigen Handhabung dieses großen Fundamentaltrechts, denn ehe es uns nicht gelungen ist, in die großen Massen das politische Bewußtsein hineinzutragen, werden wir in dieser großen Zeit nichts Großes schaffen.“

So der „Allverehrte“ — dem es, obgleich er das Volk für „nicht reif“ hielt, gleichwohl bald darauf nicht ankommt, zu sagen, daß wir „mit Genugthuung auf unser Schulwesen blicken können.“

Doch dergleichen logische Seiltänzerstücke darf man dem Helben des Passale'schen „Patriot-Schulze“ nicht für ungenügend nehmen. Wir halten und zunächst an seinen Ausspruch über das allgemeine Wahlrecht und wollen abwarten, wann Herr Bernstein dieses wieder gegen uns auszutrompsen wagen wird. Aber auch für heute können wir uns von dem Letzgenannten nicht trennen, ohne wenigstens noch etwas aus seinem Leitartikel der Schulze-Nummer vom 2. Oktbr. anzuführen. Es heißt da (in Verwunderung darüber, daß man seitens der Regierung in die Abschaffung der Zeitungssteuer noch immer nicht willigen will):

„Bei dem jetzigen Stand der preussischen Finanzen sollte man es kaum glauben, daß die Regierung sich iraden könnte gegen die Abschaffung der Zeitungssteuer; bei dem gegenwärtigen Bestreben der Regierung, die Mißbräuche aus den Zeiten der Reaktion zu beseitigen, sollte man es für unmöglich halten, daß sie die Fortdauer der Zeitungssteuer, welche nur zur Unterdrückung der Volkspresse erfunden worden ist, noch immer für verträglich mit ihren jetzigen Prinzipien erachten könnte. — Gleichwohl vernehmen wir, daß auch in der nächsten Landtagsession diese Steuer nicht vom Staatshaushalts-Etat, wie ihn die Regierung entwirft, verschwinden wird.“

Was für „Mißbräuche aus den Zeiten der Reaktion“ Bismarck eigentlich „beseitigt“ hat, das dürfte wohl das ausschließliche Geheimniß des Herrn Bernstein sein; andere Leute wenigstens wissen nichts davon, sie wissen aber, daß Stieber auf Grund der „jetzigen Prinzipien“ der Regierung noch viel allmächtiger ist als ehemals, wo die „Mißbräuche aus den Zeiten der Reaktion“ noch nicht so tief eingewurzelt waren wie heute. — „Unmöglich“ ist überhaupt nichts im heutigen Staate; namentlich ist es nichts weniger als unmöglich, daß die Unterdrückung der Volkspresse — auch ferner das „Bestreben der Regierung“ sein werde, — schon um Herrn Bernstein zu überführen, was das allgemeine Wahlrecht werth sei — wenn Press- und Vereinsfreiheit fehlt. —

Internationale Gesellschaftsrettung. Die Blätter berichten über den preussisch-russischen Auslieferungsvertrag vom 18. Juli, wonach die „Unterthanen“ des allirten Landes, wegen mangelnder Existenzmittel, Vagabondiren oder Nichtbesitzes eines Passes“ in ihr „Vaterland“ zurückgeschickt werden sollen, wofür dies für notwendig erachtet wird. Politische russische Flüchtlinge würden demnach, wenn sie preussischen Boden betreten, vom Regen in die Traufe kommen. —

Zum Kapitel die „Wohnungsnoth“ berichtet die Wiener „Tagespresse“: „Im Bezirke Landstraße (Petrusgasse) wurde vom Eigenthümer aus einem Pferdehale eine Kammer hergerichtet, in welcher 14 Doppelbetten, die nebeneinander und übereinander standen, 56, sage sechsundfünfzig Personen beiderlei Geschlechts angetroffen wurden. Die Amtshandlung gegen einen solchen haarsträubenden sanitätswidrigen Vorgang wurde eingeleitet.“

„Amthandlung“ — warum nicht erst gegen die Ursachen, welche die Obdachlosen selbst in den Pferdehale hineingetrieben haben? Der Wucher ist zwar absehblich — aber noch viel verächtlicher sind doch die Zustände, die den Wucherer bisweilen als quasi Wohlthäter erscheinen lassen. Der Wirth in der Petrusgasse, der 56 Menschen im Pferdehale logiren ließ, ist doch auf keinen Fall schlimmer als das Duzend von Wirthshaus, das jene 56 Leute an die Luft gesetzt hat! —

In Desterreich — dem Land des Schwindels par excellence, des politischen und finanziellen, geht es, wie immer, lunterbunt her. Die Minister werden von den Verwaltungsräthen und diese wieder von jenen compromittirt. Die österreichischen Beamten verstehen es nicht, sich einen gewiegten Strouyberg zu engagiren, daher der Reinsfall des ungarischen Ministers Lonyay mit seinem Hausfinanzier Leway, der, weil er zu wenig am Schacher verdiente — „zu wenig“, d. h. 100,000 Gulden weniger als ihm die Minister bei einem kleinen Geschäft versprochen — den Standal veröffentlicht hat. — Einer solchen Regierung sieht es ähnlich, daß das Kriegsministerium für einen wegen Betrugs in Untersuchungshaft befindlichen Menschen mehrere Tausend Gulden Cautionen hergibt, um ihn als agent provocateur mit 200 fl. monatlich und 1400 fl. Reisekosten anzustellen, damit er die Staatsbürger zur Bestechung der Rekrutungskommission verleite. Bei 79 galizischen Familien ist dies der Palunkengesellschaft gelungen, der die Rekrutungskommission selbst als Bundesgenossin angehört hat. Die 79 Familien stehen natürlich vor Gericht. Wie wird das den seligen Henke entzücken, wenn er es im Himmel erfährt!

Betreffs der in der politischen Uebersicht der vorletzten Nummer erwähnten **Widenbruch'schen** Note sind mehrere Anfragen eingelaufen. Der Raum erlaubt kein ausführliches Eingehen auf jenes klassische Stüdchen Hohenzollern'scher Hauspolitik, (natürlich zur Bethätigung des „Deutschen Berufs!“) Genug: es ist wohl das stärkste, was auf dem Gebiet des politischen und sonstigen Jesuitismus jemals geleistet worden. Wer sich näher unterrichten will, den verweisen wir einstweilen auf das schon früher zitierte Opus: „1848—1851“ des heutigen Bismarck's Scherr, Bd. II, 2. Hälfte, S. 161, wo die „berüchtigte“ Note und was darum und daran hängt zwar ziemlich mild, aber doch im wesentlichen richtig charakterisirt ist. —

In unserer Hamburger Correspondenz — siehe unten — wird von dem Hof, den so viele Engländer gegen Deutschland infolge der borussischen Politik haben, gesprochen. Ein Pendant zu dieser Correspondenz finden wir in nachstehender Zeitungsnote:

„Unter dem Titel „German tactics at Woorth and Gravelotte“ ist in der englischen Zeitschrift Coburn's Magazine ein Aufsatz erschienen, welcher die „Taktik von Woorth und Gravelotte“ als schlecht kritisiert. Das „Militär-Wochenblatt“ bringt eine längere Besprechung dieses Aufsatzes und äußert dabei unter Andern: „Es ist von geringem Interesse, den ohne Sachkenntniß aus-

gesprochenen Tadel zu widerlegen, aber charakteristisch ist die feindselige Stimmung des ungenannten, aber doch wohl der englischen Armee angehörigen Verfassers. Der Grund einer Antipathie gegen Deutschland, wie sie vielfach in England sich ausspricht, liegt wohl darin, daß die großen Erfolge der Jahre 1870/71 es den Engländern zum Bewußtsein gebracht haben, daß sie unfähig geworden sind, auf der politischen Bühne fernere eine der Hauptrollen zu spielen. Dem geeinigten Deutschland, dem wachsenden Amerika, der freilich noch unentwickelten Kraft Rußlands gegenüber wird England allmählig zu der Nachstellung Hollands herabsinken.“

Den letzten Satz findet selbst Wiedermann, der Fragezeichen dazu macht, etwas stark. Er müßte es ebenso gut dem ersten Satz beifügen, wenn er sich erinnern könnte, daß bei Gravelotte Preußen auf Preußen geschossen haben.

Todesanzeige. Gestorben in den letzten Tagen des September d. J. zu Lugano in der italienischen Schweiz die Friedens- und Freiheitsliga, — gestorben, nachdem sie eigentlich nie gelebt hatte. Sie segnete das Zeitliche, reuig und bußfertig mit einem Vertrauensvotum für den edlen Thiers auf den Lippen, den sie gegen einen Angriff des gottlosen Garibaldi in Schutz nahm. Gott habe sie selig und möge ihr der Tag der Auferstehung zu ihrem und unserem Wohl erspart bleiben. —

Die Bakunisten haben sich nun in offene Rebellion gegen die Internationale gesetzt. In einem vom 16. Septbr. in Saint-Jimier abgehaltenen Congreß, an welchem außer den Haager Congreßdelegirten Guillaume, Schmigguel und den 4 Spaniern Abrines, Farga-Pelici, Marselau, Morago, noch Bakunin, Lefrançois und einige Andere theilnahmen, wurde einstimmig beschloffen, die Resolutionen des Haager Congreßes zu verwerfen. Die Folge davon ist natürlich, daß der Generalrath diejenigen Sektionen, welche den Congreß von St. Jimier anerkennen, ohne Weiteres suspendirt und daß der nächste Congreß der Internationale sie nebst den Theilnehmern des Congreßes von St. Jimier vollständig ausschließt. Auf diese Weise wird man die Herren los, ohne daß man sich mit ihnen und über sie zu ereifern nöthig hat. —

Am 5. d. sind in Eisenach die sogenannten Katheder-sozialisten zu einem „Congreß“ zusammengetreten. Sobald die Resultate oder Nichtresultate dieses „Congreßes“ vorliegen, werden wir uns mit den fraglichen Herren etwas näher beschäftigen. Für heute nur ein paar kurze Bemerkungen: Dem eigentlichen Sinn der Worte nach, aus welchen er zusammengesetzt ist, müßte der Ausdruck: „Kathedersozialisten“ Männer bezeichnen, die den Sozialismus, statt von der Rednerbühne oder hinter dem Redaktionspult, auf dem Katheder des Universitätslehrers verkündigen. Man gehört es aber gerade zu den Eigentümlichkeiten der Gegenwart und der in ihr herrschenden „politischen (und sonstigen) Heuschrecke“, daß die Worte der Regel nach in einem anderen, als dem ihnen natürlich innewohnenden Sinn genommen und vielfach geradezu umgedreht oder wenigstens auf's Gewaltigste verdreht werden. Letzteres ist z. B. der Fall mit dem Ausdruck „Kathedersozialisten“, unter dem bei Leibe keine Sozialisten, sondern bloß ein halb oder drei viertel Duzend harmloser Bäckerswärter zu verstehen sind, welche die Heßlichkeit und Kohheit der von den Erzwindeuten und Nichtswissern Faucher, Oppenheim und Consorten dem Denkerdolk vorgepredigten (und auch fast ein Jahrzehnt lang mit gläubiger Anbacht verschluckten) Evangeliums der „Manchesterhule“ erkannt haben, und so ehrlich sind, dies einzugestehen, nicht aber ehrlich oder muthig genug, die notwendigen Konsequenzen des als wahr Erkannten zu ziehen. In kleinbürgerlichen Vorstellungen sich bewegend, sind diese „Katheder-sozialisten“ mit ihrer bornirten Philantropie und vor den Folgen zurückbelebenden Kritik eine schwächliche, verzweigte, und oben drein sehr verspätet Ausgabe der Sismonde Sismondi, John Stuart Mill u. s. w., in deren Schriften jeder Gedanke der Herren Kathedersozialisten, nur ungleich kräftiger, schärfer und entwickelter zu finden ist. Der „Kathedersozialismus“ hat eben eine Brille und Hämorrhoiden, wie alles deutsche „Gelehrten“-Werk. Zur Charakteristik der Herren „Katheder-sozialisten“ und ihres „Congreßes“ sei nur noch erwähnt, daß unter den eingeladenen Gästen auch der berüchtigte literarische Klopfschreiber Bismarck's, der — beiläufig in sehr mysteriöser Weise durch das Doktorergamen geschlüpfte Treitschke, und — Schulze (Delitzsch) figurirten. Letzterer, der noch immer daran glaubt, daß er die soziale Frage „gelöst“ hat, und diesen Glauben sehr eifrig mit Noach's Saft befruchtet, soll auf die Einladung eine höchst unparlamentarische Antwort gegeben haben. Standpunkt und Strebungen der „Kathedersozialisten“ erhellen aus den nachfolgenden Anträgen der zwei Referenten, Schmoller und Brentano.

Die Anträge des Referenten (Dr. Schmoller) über die Arbeitseinstellungen und Gewerksvereine lauten:

1. In Erwägung, daß zwar ein großer Theil der heutigen Arbeitseinstellungen ohne innere Berechtigung ist, ohne Sachkenntniß oder in Ueber-eilung beschloffen und von unlauteeren Elementen hervorgerufen wird, daß aber daneben eine zahlreiche Reihe anderer Arbeitseinstellungen durch schlimme, nach Lage unserer Gesetzgebung und wirtschaftlichen Organisation nicht anders zu beseitigende Uebelstände verurthacht ist,
- in Erwägung, daß bei der heutigen Gesetzgebung der Arbeiterstand in vielen Fällen sich nur durch dieses letzte Mittel als gleichberechtigten Theil beim Abschluß des Arbeitsvertrages zur Anerkennung bringen kann —
- beantragt der Referent, die Veranlassung möge sich dafür aussprechen, daß es wünschenswerth sei, die volle heute bestehende Coalitionsfreiheit aufrecht zu erhalten, auch keine besonderen Strafen auf den Bruch bestehender Contracte einzuführen.
2. In Erwägung, daß die Gewerksvereine, d. h. die Vereine von Arbeitern desselben Gewerbes zum Zweck gemeinsamen Handelns hauptsächlich in Bezug auf Lohn- und Arbeitsbedingungen, sofern nur die tüchtigsten und anständigen Elemente des Arbeiterstandes in ihnen die Führung übernehmen, wie das von den meisten deutschen Gewerksvereinen anzuerkennen ist, eine heilsame Organisation und Schule des Arbeiterstandes sind, daß sie unzeitgemäßen Arbeitseinstellungen entgegenwirken, den Arbeiterstand zur friedlichen Unterwerfung unter Einigungsämter zu bringen vermögen —
- beantragt der Referent, die Veranlassung möge beschließen, daß eine gesetzliche Anerkennung derselben, wie sie in dem Vorschlagsentwurf von Schulze-Delitzsch, betreffend die privatrechtliche Stellung von Vereinen enthalten ist, sobald als möglich einzutreten habe, sowie daß die von der Commission des Reichstages beschloffenen Aenderungen anzunehmen seien, mit Ausnahme des Absatzes zu § 3 Abs. 1., der verbietet, einen Theil der Vereinsgelder, der

zu anderen Zwecken gesammelt sei, zur Arbeitseinstellung zu verwenden.

3. In Erwägung,

daß den Gewerksvereinen jede Kräftigung zu wünschen, die Verbindung derselben mit Kranken-Unterstützungs- und Invalidenvereinen ein Hauptmittel ist, dieselben Arbeiter zu unterstützen und durch diese Verbindung das Hilfsklassenwesen ein normaleres, von der Theilnahme des Arbeiterhandes getragenes wird, daß dagegen andererseits die staatlichen Zwangshilfsklassen für die weniger entwickelten Industriezweige unentbehrlich sind, wenn nicht in ihnen das Hilfsklassenwesen ganz verschwinden soll —

beantragt der Referent,

die Versammlung möge sich für Aufrechterhaltung des bestehenden Rechtszustandes erklären, wonach jeder Arbeiter, der seine Theilnahme an einer Gewerksvereinstützkasse nachweist, von der Theilnahme an den staatlichen Zwangshilfsklassen frei wird, jeder andere Arbeiter aber nach wie vor zur Theilnahme an denselben gezwungen wird.

4. In Erwägung,

daß richtig organisierte Schiedsgerichte zur Entscheidung gewerblicher Streitigkeiten, wie sie in Frankreich und in der Rheinprovinz bestehen, ein Mittel sind, dem Unternehmer, wie dem Arbeiter einen wirksamen Rechtsschutz als bisher angeordnet zu lassen, daß solche Schiedsgerichte erzielend auf das Rechtsgesühl beider Klassen wirken, sie Einigungsämtern zugänglicher machen,

in Erwägung ferner,

daß solchen Schiedsgerichten vielleicht auch wie in Frankreich gewisse administrative Befugnisse (Entscheidungen über gesundheitswichtige Räume, Besichtigung der Fabriken) übertragen werden könnten. —

beantragt der Referent,

die Versammlung möge es für wünschenswert erklären, daß ein Gesetzesentwurf, der die allgemeinen Grundzüge für die Organisation, das Verfahren und die Thätigkeit gewerblicher Schiedsgerichte festsetzt, möglichst bald bei dem Reichstage eingebracht werde, und daß auf Grundlage desselben in den industriellen Bezirken unter Berücksichtigung der lokalen Verhältnisse und nach Anhörung der Beteiligten von Amtswegen solche Schiedsgerichte einzuführen seien.

5. In Erwägung,

daß das beste Mittel, die Arbeitseinstellungen und Auspersungen zu befrüchten und den sozialen Frieden wieder herzustellen, die sogenannten Einigungsämter (Arbitration, boards of conciliation and arbitration) d. h. Vermittlungskommissionen gewählter Arbeitgeber und -nehmer eines bestimmten Gewerbes, welche bei entstehenden Streitigkeiten für eine bestimmte kürzere Zeit die Arbeitsbedingungen, unter welchen die Unternehmer Arbeiter beschäftigen, die Arbeiter in Arbeit treten sollen, festzustellen, sind —

beantragt der Referent,

Die Versammlung möge beschließen, es sei wünschenswert, daß überall, wo häufigere Streitigkeiten vorkommen, derartige Kommissionen freiwillig organisiert werden, und daß sich ihnen möglichst die Gesamtheit der Unternehmer einerseits, und die Gesamtheit der Arbeiter andererseits unterwerfe, sowie, daß ein besonderes Gesetz derartigen Kommissionen, die gewisse allgemeine Bedingungen erfüllen, die notwendigen Befugnisse (Zeugen vorzuladen u.) ertheile und ihre Entscheidungen durchführbar mache.

Die Anträge des Referenten über Durchführung und Weiterbildung der deutschen Fabrikgesetzgebung (Dr. Brentano) haben nach stehendem Wortlaut:

Der Referent beantragt, daß die Versammlung sich dafür ausspreche:

1. Daß die gesetzlichen Beschränkungen der Beschäftigung in Fabriken auch auf die Beschäftigung außer dem Hause von Eltern und Vormündern in den Kleingewerben und Hausindustrien ausgedehnt werden, und daß da, wo die Eltern oder Vormünder selbst ihre Kinder zu frühzeitig und andauernd beschäftigen, durch strengste Durchführung der Bestimmungen über den Schulbesuch diesem Mißbrauch ein Damm gesetzt werde; daß ferner die gesetzliche Beschäftigung von Kindern unter dem gesetzlich bestimmten Alter verboten werde;
 2. Daß einerseits die Altersgrenze, unter welcher die Beschäftigung von Kindern verboten ist, auf zehn Jahre herabgesetzt, andererseits die Beschäftigung der Arbeitszeit der vierzehn- bis sechzehnjährigen auf alle Wochentage und auf Mädchen und Frauen jeglichen Alters ausgedehnt werde;
 3. Daß es verboten werde, zehn- bis vierzehnjährige Kinder länger wie fünf, und vierzehn- bis einundzwanzigjährige Arbeiter männlichen Geschlechts, sowie Mädchen und Frauen jeglichen Alters länger als zehn Stunden täglich zu beschäftigen;
 4. Daß die Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung sowohl rücksichtlich der den jugendlichen Arbeitern in den Pausen zu gewährenden Bewegung in freier Luft, als auch rücksichtlich des Verbots der Arbeit der geschäftigen Personen an Sonn- und Feiertagen auch in Zukunft beibehalten werden;
 5. Daß die Zeit, innerhalb welcher es gestattet sein soll, die geschäftigen Personen zu beschäftigen, auf zwölf Stunden täglich festgelegt werde, und daß das Gesetz Anfang und Ende dieser Stunden festsetze; daß ferner bestimmt werde, daß für Anfang, Ende und Pausen der Arbeitszeit die nächste Eisenbahn des Orts, oder, wo eine Eisenbahn fehlt, die nächste Kirchenuhr des Orts maßgebend sein solle; daß in jedem Arbeitslokal eine Tafel angebracht werde, auf welcher Anfang und Ende der Arbeitszeit, sowie der Pausen genau angegeben sind; und daß in jeder Fabrik oder Werkstätte ein Abdruck der die Arbeit der Kinder, Jugendlichen und der Mädchen und Frauen regelnden gesetzlichen Bestimmungen an einem sichtbaren Orte angeschlagen werde;
- Daß ferner die Bestimmungen der §§. 130 und 131 der R.-G.-O. über die Führung von Karten und Arbeitsbüchern auch in Zukunft beibehalten werden;
- Daß die Strafbestimmungen wegen gefehrwidriger Annahme von Kindern zur Arbeit außer dem Hause von deren Eltern oder Vormündern auf diese ausgedehnt werden; und schließlich daß von Reichswegen geeignete ständige Organe geschaffen werden, um über die Durchführung der Fabrikgesetzgebung zu wachen und über dieselbe an das Reich zu berichten.

Unsere Gegner. Die „Concordia, Zeitschrift für die Arbeiterfrage“ hat die von Marx ihr neulich erteilte Zusage zurückgefordert; bessere Manieren und Anstand, von Ehrlichkeit ganz zu geschweigen, hat das würdige „Organ des Fabrikantenbundes“ aber noch nicht gelernt. So zitiert es z. B. in seiner letzten Nr. (40) Stellen aus unserm neulichen Artikel über die „Bartholomäusnacht“ mit der Bemerkung: „In welchem Grade Haß und Bosheit bei dem Leipziger „Volksstaat“ das Unterscheidungsvermögen zerstört haben, davon liefert u. A. ein in der Nr. vom 14. September von ihm veröffentlichter Artikel einen haarsträubenden Beweis.“ Vermuthlich, weil sich ihr die „Haare“ zu sehr „aufkräuseln“, hat die „Concordia“ es unterlassen, auch nur anzudeuten, worin der wesentliche Unterschied (vom sittlich-humanen Standpunkt) der Bartholomäusnacht, der Bauernkrieg-Schlächtereien, des militärischen Massenmords und der Communemassakres liegen soll. Von „Haß“, „Bosheit“, „zerstörtem Unterscheidungsvermögen“ u. zu reden, ohne derartige Ausdrücke zu begründen, ist aber gemeines Schimpfen. —

Der Londoner Bäckerstreik dauert fort; in Folge des Nachgebens vieler Meister hat die Zahl der Streikenden

übrigens sehr abgenommen, und betrug Ende voriger Woche nur noch 393 Mann, für welche bis jetzt ziemlich ausreichend gesorgt war. — Auch der Strike gegen die Baufirma Corbett und Mac Elymont war nach den letzten Berichten noch nicht beigelegt; es waren aber Unterhandlungen angeknüpft. —

Hamburg, 27. September. Ich lese in ihrer Nr. 77 über das Unglück beim Papstentzug in Berlin:

„Hätte es (das Berliner Volk) nur das Selbstgefühl eines Königs von Baiern gehabt und sich nicht zur Dekoration hergegeben, dann hätte es auch nicht ein canaille behandelt werden können, wie jeder Dekorationsplebs es verdient.“

Für solche Ihrer Leser, welchen diese Beurtheilung zu scharf erscheinen sollte, lege ich einen Ausschnitt aus dem Londoner „Daily Telegraph“ bei. Dieses Blatt ist bekanntlich das verbreitetste in England und hat eine zwei oder dreimal stärkere tägliche Auflage als die „Times“:

„Wir weisen“ — sagt das Blatt — „auf solche Episoden, wie die Verhaftung des Herrn About, und auf das zehntausendmal abscheulichere Beispiel der Brutalität, das den Aufenthalt der Kaiser in Berlin signalisirte, hin. Wenn ein eminent ausländischer Schriftsteller, dessen Werke in Deutschland fast ebenso bekannt sind wie in Frankreich, von der Polizei säkirt und unter Anklage gestellt werden kann, bloß weil er mit der Bitterkeit eines Franzosen gesprochen hat, so sind wir gezwungen, einige häßliche Schlüsse daraus zu ziehen. Wir wünschen, daß wir die Zeichen eines Wunsches, zu dominieren, und den Geist der Wachstube in die Beziehungen des politischen Lebens zu importieren, entdecken. Wir fühlen uns belästigt durch unangenehme Erinnerungen an den Ton, in welchem preussischer Journalismus und preussische Diplomatie ihre Mandate zu erlassen pflegen. Er giebt den Gedanken ein, daß das große deutsche Volk, wenngleich es Frankreich und Oesterreich unter seinen Fuß bringen kann, noch nicht gelernt hat, seine persönliche Freiheit zu verteidigen oder selbst das Heiligthum dieses Besitzes einzusehen, sondern sich der Feinigkeit seiner Junker und Beamten mit einer Jähzornigkeit unterwirft, die Tyrannei wird, wenn es zu einer Maßregel gelangt ist. Außerhalb der Türkei oder Rußland giebt es keine europäische Stadt, in welcher die Polizei es gewagt haben würde, die Menge mit brennenden Fackeln zu chargieren, die Haare und Kleider der geängstigten Zuschauer in Brand zu setzen und sie mit solcher Furie zurückzutreiben, daß nahezu 20 Personen zu Tode getreten wurden. In Frankreich würde der Urheber einer solchen Ausschreitung in Stücke zerissen, und mit so wenig Ceremonie, als wäre es ein Hund, erschossen worden sein. In England würden wir mit mehr Formalität und einer strikten Achtung vor den Befehlen des Gesetzes verfahren; denn der Mißthäter würde feierlich gerichtet werden, und so milde ist der Geist unserer Gesetze, daß er, statt gehängt zu werden, zu 20 Jahren Zuchthaus verurtheilt worden wäre. Aber Berlin wagt nicht die mörderischen Fackelträger zu bestrafen. Ein preussischer Civilist darf nicht müssen, wenn er von einem insolenten, dramatisirenden Offizier herumgestoßen wird, denn er weiß, daß ein Schlag mit der Faust augenblicklich einen Säbelstreich zur Folge haben würde, und daß er vergebens um Gerechtigkeit stehen dürfte, selbst wenn er zum lebenslänglichen Krüppel geworden wäre. Ein preussischer Soldat findet es für nöthig, einen Schlag von seinem Vorgesetzten mit der Sanftmuth eines Heiligen hinzunehmen. Die Thatsache ist, daß das Militärsystem Deutschlands das Volk ebenso sicher und rasch demoralisirt, wie die Vergnügungs- und Geldsucht der Kaiserherrschaft die Franzosen demoralisirt, obwohl die Färbung und der Charakter der Erniedrigung sehr verschieden sind. Das System set den Geist unmännlicher Ergebung in Beschimpfung und renomirende Tyrannei! Es wirft das Land und die Armeen in die Hände dieser Junkerpartei, welche der Feind der Freiheit ist. Es gewöhnt das Volk so sehr, dem Kommandoworte zu gehorchen, um ihm die Rechte, welche anderen Nationen gehören, verächtlich zu machen. Daher kommt es, daß, während wir Engländer Deutschland mit vieler Bewunderung betrachten, unser Lob seiner großen Thaten gelegentlich durch einen schwachen Anstrich feindseliger Kritik schattirt ist. Darum sind wir entrüstet über die Ausschreitung gegen Herrn About, obwohl wir die Ungerechtigkeit der Schmähungen, welche er gegen die Nation, die Frankreich des Elsaß beraubt hat, schleuderte, zugeben.“

Diesem Blatte nach werde man also nicht einmal in Rußland oder der Türkei eine Stadt finden, deren Bevölkerung sich dergestalt von der Polizei mißhandeln ließe, wie es in Berlin bei der Drei-Kaiser-Zusammenkunft geschahen sei. — In Frankreich hätte man die Urheber in Stücke zerissen, in dem ruhigeren England aber zu sicherlich 20 Jahren Zuchthaus verurtheilt! — Aber „Berlin wagt nicht die mörderischen Fackelträger zu bestrafen.“

Aus diesem Citate wie aus vielen Anderen, die ich Ihnen einfinden könnte, erhellt immer mehr, wie feindselig die Richtung der englischen Presse gegen das neue deutsche Reich wird.

Wer in England war bei Ausbruch des Krimkrieges, sowie später während des dänischen Krieges, der wird sich über den Deutschenhaß nicht wundern, dem man jetzt in den Spalten der englischen Presse begegnet.

Der Krimkrieg hätte vermieden werden können, wenn Preußen sich offen und loyal für die Bestmächte gegen den offenen internationalen Friedensbruch seitens Rußlands gegen die Türkei erklärt hätte. — Preußen zog Rußlands Freundschaft der Erfüllung internationaler Rechts-Pflichten vor und zwang dadurch Oesterreich, ebenfalls neutral zu bleiben. Rußland, durch diese Neutralität gedeckt, fuhr in seiner brutal-aggressiven Politik fort und das blutige Kriegsspiel dauerte zwei Jahre, kostete einer halben Million Menschen das Leben, verschlang Tausende von Millionen an Kriegskosten und ließ doch Alles beinahe im Statusquo. — Die fürchterlichen Opfer waren umsonst gebracht, Dank Preußens perfider Politik, und England war dadurch, sowie durch den lukrativen Waffen-Schnitzel Preußens nach Rußland, auf's Empfindlichste gereizt.

Wenige Jahre später ward die Aera „Bismarck's, des Genialen“ durch den dänischen Krieg eingeleitet und die Verstimmung Englands gegen Preußen dadurch noch vermehrt, und vom englischen Standpunkt mit Recht, weil Preußen gegen

den Vertrag der fünf Großmächte, also vert.agsbrüchig vorgeht.

Wie sich dann Preußen mit Oesterreich bei Theilung des „Raubes“, wie die englische Presse sich ausdrückt, überwarf und im Bunde mit Italien über Oesterreich und Deutschland 1866 herfiel, den ganzen „Raub“ und noch diverse andre Länder (darunter Hannover, wo ein Prinz aus englischem Stamme herrschte) an sich riß, das mußte natürlich die Antipathie Englands vermehren. — Als natürliche Folge gingen aus alledem die englischen Sympathien für Frankreich während des letzten Krieges hervor, verstärkt durch die Waffen-Brüderschaft im Krimkrieg, in welchem England die Rettung und den Sieg seiner Armee bei Inkerman den Franzosen verdankt.

So verdanken wir den Haß Englands unserm „genialen Staatsmann“, und wenn wir uns bei unsern andern Nachbarn umschauen oder umhören, sei es bei den Dänen, Schweden, Norwegern, Holländern, Belgiern oder Schweizern, so hören wir, mehr oder weniger, dasselbe Lied über unsern „genialen Staatsmann.“

Ueber Italien und Spanien braucht man sich den Kopf nicht zu zerbrechen, denn Tausende von Italienern und Spaniern, die mit den Franzosen freiwillig gegen uns fochten, überleben uns der Mühe. — In Oesterreich geht es uns nicht besser, wenn man die Meinung in Ungarn, welche doch den Ausschlag geben würde, berücksichtigt; selbst in Deutsch-Oesterreich haben wir nur die „Federn“ der Presse für uns, in soweit sie im Bereich des sogenannten „Reptilien-Fonds“ sind. So bliebe uns nur noch Rußland, welches, ganz wie Preußen, auf einer „Blut- und Eisen- und „Macht über Recht“-Basis aufgebaut, überdem den gemeinschaftlichen Raub Polens zu verteidigen hat und natürlich mit unserm Vorrußen-Staat Sympathisiren muß.

Es ist dies zwischen den beiden gleichgesinnten Seelen eine alte Sympathie. Schon 1720, als Peter der Große Carl XII. bei Pultawa niedergeworfen hatte, benutzte Preußen die Schwäche Schwedens und schloß ein Bündniß mit den Russen gegen dasselbe; es war der erste Akt der Theilung Schwedens, bei dem Hinter-Pommern an Preußen, die deutschen Ostsee-Provinzen an Rußland fielen. Rußland vervollständigte die Theilung Schwedens 1809 durch den Raub, oder um etwas euphemistischer zu sprechen, die Annexion Finnlands. Preußen setzte 1772 seine gemeinschaftlichen Geschäfte mit Rußland fort und schritt zur Theilung Polens, was die Historiker aller Länder und aller Zeiten als eines der schändlichsten Verbrechen qualifizirt haben!

Auf Rußland allein also kann unser Vorrußen-Staat und sein „genialer“ Staatslenker zählen und doch auch das nur, so lange der gegenwärtig herrschende Czar lebt, denn die altrussische Partei haßt die Deutschen und Preußen, welche 1812 ganz unprovocirt gemeinschaftlich mit den Franzosen über das „heilige“ Rußland herfielen und erst nach Niederlage der Franzosen sich ein Herz faßten und sich mit den Siegern auf den geschlagenen Feind warfen, denn so urtheilt man über die Deutschen in Rußland und leider haben ihnen unsere Staatslenker vor und nach der Aera des „Genialen“, welche 1862 anfang, ein Recht dazu gegeben.

Die erste Detade unserer „Aera des Genialen“ ist vorüber und wir beginnen eine zweite mit der Drei-Kaiser-Zusammenkunft und dem Feste in Marienburg, (ein Jubiläum der ersten Theilung Polens!) auf eine wahrhaft schauerlich-erhebende Weise. — Als 1862 des „Genialen“ Stern aufging mit der traurigen budgetlosen Zeit, da waren schon drei blutige Kriege über uns verhängt und jeder Unparteiliche wird einräumen, daß die seitdem verdreifachten militärischen Ausgaben auf noch größere Kriege deuten.

Ist der Ministerstern, der 1862 aufstieg, also ein Glücks- oder Unglücksstern für Deutschland?

London, 28. September

Verzeihen Sie, wenn ich eine Woche habe verstreichen lassen, ohne Ihnen über das wichtigste Ereigniß des Jahres zu berichten. Ich meine natürlich den „Universal-Föderalisten-Kongress der Internationalen Arbeiter-Assoziation und der ihr anhängenden Gesellschaften“, der vom 16. bis 20. hier getagt hat. Es war natürlich wieder die altbekannte Polizeibande, der Universal-Föderalisten-Rath, der sich als Kongress verkleidet hatte. Da vor der schon 1838 aus der Internationalen und 1872 aus der Londoner Flüchtlingsgesellschaft oom infamia herausgejagte Schmutzliterat Bösnier; dann der unvermeidliche Landesherr, der, seitdem ihm 1870 das kleine Unglück mit dem Pariser Polizeipräsidenten passiert ist, noch immer nicht weiß, ob er denn eigentlich der Internationale angehört oder nicht; derselbe Joseph Schneider, der dagegen ganz genau weiß, wohin er gehört und nur bedauert, daß er hier seinen Knüttel im Sack behalten muß, weil die englische Polizei, statt des andern Morgens den Schaden zu bezahlen, ihn bereits desselben Abends auf die Bioline setzen würde; derselbe Bilinski, nur daß er diesmal als „Bole aus Rbln“ figurirt, dazu die andern Universal-Föderalisten-Rathsherrn und einige andere Berrngroßmänner, Summa Summarum 25 Mann hoch. Bei der Präsidentenwahl wurde ein Präsident für jede Nation ernannt, damit doch möglichst viele große Männer ins Amt kämen. Man schlug vor für Frankreich Landesherr, worauf eingewandt wurde, Landesherr sei gar kein Franzose, sondern ein oberschlesischer Wasserpolack, also eigentlich ein Deutscher. Half nichts: Landesherr habe für die Kommune gesprochen, sei also notwendig ein Franzose. Darauf wurde für Deutschland ein Deutscher, ich glaube der biedre Joseph Schneider ernannt. Für England ein gewisser Besse, von dem aber ebenfalls nachgewiesen wurde, daß er ein Deutscher sei. Da er aber eine englische Frau hatte, ließ man ihn mit demselben Recht als Engländer passieren, wie den großen Landesherr als Franzosen. Bismarck wird stolz sein, daß diese Herren, die immer über den „Bangermanismus“ in der Internationale schimpften, drei seiner Unterthanen als Präsidenten für Frankreich, Deutschland und England einsetzten. Für Polen wollte man mit aller Gewalt Bilinski wählen und nur auf seine wiederholte Versicherung, daß er nur das Polnische verstehe, das in Rbln am Gereonsdreieck Landessprache sei, entschloß man sich, einen gewissen Milenski zu wählen, der auch gewissenhaft alle Reden zu Ruß und Frommen seiner selbst ins Polnische übersezt, indem uzer ihm kein Pole weder unter den Kongressmännern noch unter den Zuhörern war. Was die sonstigen Thaten dieser Herren

andrertheil, so ist leider nicht viel davon zu sagen. Die Rechnungen des Generalraths der Internationale zu prüfen, mußten sie sich leider versagen, da besagter Generalrath nicht daran gedacht hatte, ihnen diese Rechnungen vorzulegen, im Gegentheil sich einzubilden schien, die Prüfung durch den Haager Kongress genüge vollkommen. Auch sonst konnte der „Kongress“ nur konstatieren, daß besagter Generalrath in seiner Verstocktheit beharre und die Existenz des Universalföderalistenraths und seines Kongresses vollständig ignorire. Daß der Haager Kongress ihm darin ganz und gar Recht gegeben und sogar dessen Minorität jeden Zusammenhang mit dem Universalföderalisten abgewiesen, hätte eigentlich eine derbe Zurechtweisung verdient; warum sie ausblieb, darüber sind die Herren die Antwort schuldig geblieben. Wenn also der Universalföderalistenkongress in aller Stille und Einsamkeit verlaufen ist und kein Hahn nach ihm gekräht hat, so ist daran lediglich die Schlechtigkeit der Internationalen schuld, die sich nun einmal in den Kopf gesetzt haben, sich nicht von einer Lande großer Pumpen und welterslösender Polizeikerle an der Nase herumführen zu lassen.

In Manresa erscheint seit Kurzem ein Gewerkschaftsblatt der spanischen Manufakturarbeiter unter dem Namen „La Revista Social“

Königsberg. Die Nr. 7 der „Demokratischen Blätter“ von Kokošty ist confiscirt worden.

Der „Neue Sozialdemokrat“ hat unsere Vorschläge zur Versöhnung der sozial-demokratischen Fraktionen noch immer nicht einer direkten Erwähnung und Antwort werth gefunden. Dagegen haben die Herren des „Neuen Sozialdemokrat“, Herr Hasselmann an der Spitze, eine thatsächliche Antwort gegeben, indem sie, wie der „Neue Sozialdemokrat“ in seiner letzten Nummer triumphirend meldet, eine Versammlung unserer Berliner Parteigenossen in der bekannten Földermanier gesprengt haben. Wer die deutschen Arbeiter spaltet, ist jetzt für jeden Denkfähigen erwiesen, und in wessen Interesse die deutschen Arbeiter gespalten werden, muß jedem Denkfähigen klar sein.

Die Leiter des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins und Redakteure des „Neuen Sozialdemokrat“ setzen einfach das Handwerk ihres Herrn und Meisters, des preussischen Regierungsagenten Dr. v. Schweitzer fort.

Ueber unsere Stellung zu dieser, über alle Maßen perfiden und chrylosen, das Interesse der deutschen Arbeiter schwer schädigenden Clique in nächster Nummer mehr.

Unsere Parteiorgane ersuchen wir nunmehr, gegen den „Neuen Sozialdemokrat“ rückhaltslos Stellung zu nehmen. Die offenbaren Verräther der Arbeitersache müssen unschädlich gemacht werden.

Gewerkschaft der Holzarbeiter.

Berlin, 19. Oktober. Die Arbeitseinstellung der zu unserer Gewerkschaft gehörenden Böttcher scheint den Verhältnissen entsprechend einen günstigen Verlauf zu nehmen, und muß, wenn nicht unvorhergesehene Vorfälle dies verhindern, mit einem vollständigen Siege der Arbeiter enden. Bisher haben mehrere Meister, die etwa 60—80 Gesellen beschäftigten, die gestellten Forderungen bewilligt, andere werden, ehe 14 Tage vergehen, nachfolgen. Da gerade in jetziger Jahreszeit bereits die Nachfrage nach Fagharbeit bedeutend gestiegen ist, und eine Ergänzung der ausstehenden Arbeiter durch fremdzureisende oder heranzuziehende Arbeiter nicht gedacht werden kann, werden die Arbeitsherren, Fabrikanten und Meister, wohl oder übel, nachgeben müssen. Das dies überhaupt noch nicht geschehen, hat seinen Grund darin, daß die Meister und Fabrikanten sich um die Ehre streiten, wer von beiden der Erste sein soll; die Fabrikanten wollen sofort nachgeben, wenn diese Forderungen bewilligt, die Meister werden keinen Augenblick zögern und die Gesellen zu dem neuen Tarif ausstellen, wenn die Fabrikanten die Arbeit wieder aufnehmen lassen. Damit bis dahin aber, wo Meister und Fabrikanten sich dazu bequemen werden, unsern Kollegen und Gewerkschaftsgenossen die Zeit nicht allzulange wähet, oder die Mittel zur Unterstützung der Streikenden fehlen werden, ist es dringend notwendig, daß die Gewerkschafts- und Berufsvereine für kräftige Unterstützung der Streikenden schleunigst Sorge tragen, und die zu diesem Zweck übersandten Listen bestimmungsgemäß verwenden.

Für den Ausschuss der Gewerkschaft der Holzarbeiter
Th. Ford, Vorsitzender.

Aufruf an alle Töpfer (Hafner) Deutschlands.

Regensburg. Kollegen! Zum Zwecke der Gründung einer deutschen Gewerkschaft der Töpfer (Hafner), ersuchen wir Euch, und die Adressen der bereits bestehenden Fachvereine anzugeben und zu gleicher Zeit uns mitzutheilen, auf welcher Basis die Gewerkschaft gegründet werden soll, um der Organisation unserer Arbeitgeber die Spitze bieten und in jeder Weise allen Interessen unserer Brüder Rechnung tragen zu können.

Briefe in dieser Angelegenheit sind zu richten an
Michael Jung, Gasthaus zur goldenen Sonne
Brückstraße.

Leipzig. Am 14. September fand hier eine Versammlung zum Kongress der Schuhmachermeister statt, welche von vielen Delegirten besucht war; es mochten etwa 300 Theilnehmer anwesend gewesen sein, von denen mindestens zwei Drittel Fremde waren. Nach der Wahl des Bureaus u. s. w. erhielt ein Herr Fischer aus Stuttgart das Wort, um Bericht zu erstatten, inwiefern sich die süddeutschen Meister geeinigt haben, und welchen Zweck die Vereinigung der Meister überhaupt habe. Aus dem Berichte des genannten Herrn entnehmen wir, daß die Vereinigung in's Leben getreten sei, um dem Schuhmachergewerbe laßenden Druck ein Gegengewicht zu schaffen. Die Schuhmachermeister nehmen in der Gesellschaft nicht den ihnen gebührenden Platz ein, jeder andere Gewerbetreibende sei besser gestellt. Das ungeheure Steigen der Lederpreise habe den Verdienst der Meister bedeutend geschnitten, nur durch vereintes Handeln könnten sie höhere Preise erzielen. Sodann müsse dem Druck, den die Gesellen zur Erzielung höherer Löhne auf die Meister ausübten, entgegengewirkt werden. Als das probateste Mittel, die Streiks unschädlich zu machen, empfahl Herr Fischer, diejenigen Arbeiter, die an einem Streite theilhaftig gewesen seien, nicht wieder in Arbeit zu nehmen. — Wenn sich die Meister koaliren, so findet das Herr Fischer ganz in der Ordnung, die Gesellen aber — „ja Bauer, das ist ganz was anders.“

Herr Fischer berührte auch den gegenwärtigen Streik der Stuttgarter Schuhmacher, wobei er sagte, daß eine Unterhandlung mit den dortigen Gesellen nicht möglich sei; er habe seine Gesellen gebeten, doch noch 8 Tage zu warten, bis er von Leipzig zurückkomme. Dieses billige Verhalten hätten sie ihm abgeschlagen. Er wisse nicht, wohin die Streiks führen sollten. Weiter dat er keine Kollegen, Sonntag nicht arbeiten zu lassen und die Lehrlinge in dreitägigen Werkstätten am Sonntags auf die Straße zu schicken u. s. w.

Von einem nachfolgenden Redner wurde auf das unsinnige Be-

streben, den Arbeitern das Recht freitig zu machen, ihre Lage zu verbessern, hingewiesen, ebenso unsinnig sei es, bloß die Sonntagsarbeit abzuschaffen zu wollen, es sei nicht der Mühe werth, ein solches Geschrei davon zu machen wie Herr Fischer es gethan. Für den Schuhmacher, sowohl Meister wie Gesellen, thut der Normalarbeitsstag sehr noth.

Herr Bierbach aus Berlin beschwerte sich, daß der Referent Fischer kritisiert worden sei; wahrscheinlich paßt es diesem Herrn nicht, auch einmal andere Ansichten zu hören, als das gewöhnliche Meisterlatein, im Uebrigen wiederholte er, was Fischer gesagt und wünschte bloß, daß der Geselle wie in früherer Zeit wieder mehr zur Familie gehöre und belege die Schlechtigkeit der Lehrlinge und wünsche zu deren Besserung die Einführung von Fortbildungs- und Sonntagschulen. Der Meister solle verpflichtet sein, den Lehrlingen während der gewöhnlichen Arbeitszeit auf ein paar Stunden freizugeben. Herr Bierbach hofft auch dadurch den sozial-demokratischen Einfluß, der jetzt leider bei den Arbeitern sehr groß sei, zu beseitigen. Nun, wir wünschen ihm Glück dazu.

Der zweite Punkt der Tagesordnung betraf das Fachorgan der Schuhmachermeister, welches ein Verber, Namens Sünther in Berlin herausgibt. Ein von Ulrich gestellter Antrag, ein Redaktions-Comitee niederzulassen, führte zu scharfen Auseinandersetzungen und wurde derselbe schließlich abgelehnt. Herr Fischer bekämpfte den Antrag als zu reaktionär. Nach diesem Stücken „demokratischer“ Anschauungsweise zu urtheilen, dürfte der süddeutsche Centralvorstand der Meister den Gesellen wenig gefährlich werden, umso mehr, als Herr Fischer der Besten Einer sein soll.

Ueber die Zeit und den Ort des nächsten Kongresses entspann sich gleichfalls eine lebhafte Debatte. Fischer war gegen Leipzig, er wünschte den Kongress nach einer südlicheren Stadt verlegt. Schließlich wurde zur Abhaltung des Kongresses Ostern 1873 und zum Ort — trotz Fischer — Leipzig gewählt. Nach einigen Vorkubeleien, mit denen sich die Herren Fischer, Bierbach und der „Ehrentreuer“ Sünther wie auf Verabredung gegenseitig traktierten, wurde die Versammlung geschlossen.

Leipzig. Von der Firma Schneider und Co. werden nach Eisenach 30—40 Tischlergehülfen gesucht. Da es von Wichtigkeit ist, zu erfahren, ob diese Nachfrage nach Arbeitern in einem Aufschwung des Tischlergewerbes oder in einer Differenz zwischen Arbeitern und Arbeitgeber begründet ist, so ersuchen wir die Eisenacher Parteigenossen um umgehende Auskunft durch den „Vollstaat“.

Mehrere Tischlergehülfen.

Dresden, 5. Okt. Prozesse. 1) Es hatte sich zunächst Einke, wegen in seinem „Niederbuche“ enthaltenen gewissen kein seltender „Aufreizung zu Gewaltthatigkeiten“ u. s. w. zu verantworten. Das incriminirte Gedicht befindet sich Seite 32: „Arbeitsleben oder kämpfend den Tod“ ist der Refrain des Liedes. Gefährdung des öffentlichen Friedens soll in einem Gedichte gefunden werden, welches seit Jahren öffentlich von Massen gesungen worden, ohne diesen Frieden zu stören. Vorgelassen werden seiner zwei Verse der seit 1864 in Hunderttausenden von Exemplaren verbreiteten Kubors'schen Marschlied, das 1870 erschienene Gedicht: „Ich bin Soldat, doch bin ich es nicht gerne“, das Herweg'sche „Bei' und arbeit' ruft die Welt“, ferner: „Arbeiter all erwacht“, und „Kaum trägt der Hahn das erste Mal“. — Der Staatsanwaltschafts-Assessor Dr. Hartmann findet das Gedicht sehr aufreizend, zumal es an die „Armen“ sich richtet. „Vor wessen Gesicht treten nicht beim Lesen solcher Worte Bilder wie der Sturm der Bastille“ (das war wohl keine notwendige geschichtliche That?). Das die Arbeiter Grund zum Klagen haben, will er nicht bestreiten. — Verteidiger Adv. Ledebur bemerkt, daß nur Menschen, welche immer mit Kuragegedanken sich herumtragen, lediglich etwas den Frieden des Staates Gefährdendes darin erblicken können. Entweder sei das Gedicht ein Unfug, oder es sage Das, was es mit den Worten „Wir wollen Frieden, Freiheit, Recht“ bezeichnend genug ausdrückt. Die scheinbar aufreizenden Worte sind Bilder, dem Kriegsleben entlehnt, aber der friedliche Kampf ist betont. Jeder Stand habe seine Lieder und seine Weisen, lasse man dem Arbeiter auch die Seinigen. Anderweit betont der Verteidiger, daß gegen die Sozial-Demokraten in gewissen Kreisen ein Vorurtheil vorwalte, welches jedoch bei dem Gerichtshofe nicht verwalten dürfe.

Der Gerichtshof verurtheilte das erinsanzliche Urtheil, auf vier Wochen Gefängnißstrafe lautend, in 10 Thalern Geldstrafe und Kostenzahlung, sowie Vernichtung des betreffenden Liedes.

2) Otto Walzer ist angeklagt wegen „Beleidigung des Reichsoberhauptes“, welche in dem Artikel des „Vollstaat“, der auch im „Vollstehenden“ zum Abdruck kam, enthalten sein soll, worin angeführt wurde, daß der Redakteur des „Vollstaat“ wegen verschiedener in demselben erschienenen Artikel verurtheilt wurde und wobei zugleich Geldstrafen angegeben wurden mit der Angabe des betreffenden Artikels. — Verteidiger Ledebur macht darauf aufmerksam, daß Walzer nicht die Aufnahme des incriminirten Artikels veranlaßte, sondern daß Dahnner denselben aufnahm, der deshalb kein Bedenken gegen die Aufnahme hatte, weil der betreffende Artikel bereits in mehreren Blättern erschienen war, welche übrigens auch in eigspro chen wurden. Er beantragt Einstellung des Verfahrens gegen Walzer, die Staatsanwaltschaft hatte nichts dagegen, und der Gerichtshof beschloß Vertagung der Verhandlung.

3) Der verantwortliche Redakteur des „Dresdner Volksboten“ Theodor Dahnner, war in einer Instanz zu 20 Thalern Strafe verurtheilt worden wegen des Aufsatzes: „Zur Stolpener Gerechtigkeitspflege“, die Verhaftung des Tischlermeisters Zinke und die dabei obwaltend gewesenen manufakturierten Umständen betreffend. Der Staatsanwaltschafts-Assessor bemerkt, daß die erzählten Thatsachen nicht erweislich wahr seien. Der „Vollstehende“ leiste in Bezug auf Schmähung, Beleidigung und Verächtlichmachung von Behörden, was möglichste. Zinke sei die Sache viel theurer geworden (8 Wochen Gefängniß).

Die Strafe von 20 Thalern wurde bestätigt.

Druckfehlerberichtigungen. In Nr. 80 ist u. a. zu verbessern: 3. 1. des Artikels „Organisation“ Kapital (statt Kapitel); in der politischen Uebersicht: zweimal Widenbruchsche Note (statt Widenbruchsche Note); gleich darnach: greifen (statt greifen) Vorkämpfer; auf der folgenden Columnen 3. 32 u. u.: so weitläufig (statt zu weitläufig); einige Zeilen weiter: die aus den Verhältnissen entspringende Ueberzeugung der Massen (statt Massen); und S. 4 unter Dresden in der letzten Zeile Deskreicher (statt Deskreichern).

Für die Inhabitoren ging ferner bei uns ein:

Von der Expedition des „Crimmischauer Bürger- und Bauernfreund“ 11 Thlr. 13 Gr. Von Spandauer Parteigenossen durch W. Fischer 1 Thlr. 12 Gr. Von den Parteigenossen in Gera 1 Thlr. Von den Parteigenossen in Wylau durch Reichel sen. 7 Thlr. Von den Parteigen. in Ballenbürg durch G. Müller 4 Thlr. 16 Gr. Von den Parteigen. in Götba durch G. Gieseler 4 Thlr. 13 Gr. und vom Fachverein der Schuhmacher durch W. Vogt 17 Gr. Von den Parteigen. in Ludenwalde durch W. Erhardt 4 Thlr. 2 Gr. 6 Pf. Von den Parteigen. in Geln, 3. Sendung, 3 Thlr. 28 Gr. 6 Pf., wovon durch W. R. G. 1 Thlr. und von einem Unteroffiz. des 39. Regiments 10 Gr. Von den Parteigen. in Reudorf durch G. Naumann 1 Thlr. Von Ges. Genossen in Hohenstein-Ernstthal durch Stoll 5 Thlr. 15 Gr. 5 Pf., und von der Int. Man.-Gew. dajelbst 1 Thlr. 3 Gr. 1 Pf., von einigen Wirthschaftern in Bad Hohenstein 21 Gr. 5 Pf. Gesammelt bei einer Besprechung in Versdorf 14 Gr. 5 Pf. Uebersicht bei einer Landparthei 5 Gr. 6 Pf. Von P. aus Magdeburg 15 Gr., und von R. 2 Gr. Von den Parteigen. in Hannover, gesammelt durch Bogler 2 Thlr. 25 Gr. Von den Parteigen. in Dresden durch H. Weiner 4 Thlr. 16 Gr. Von den Parteigen. in Glaucha durch G. Kojer 6 Thlr. Von E. Spiegler in Bruchsal 1 Thlr. Von den Parteigen. in Augsburg durch Knüller 6 Thlr. 6 Kr., hiervon 6 Thlr. d. Sch. Von der Man.-Gew. in Großenhain d. W. Sünther 3 Thlr. Von H. Louis Cohen in Breslau 3 Thlr., zweite Sendung von d. Parteigen. in Breslau durch Dehne 3 Thlr. Von den Parteigen. in Pforzheim durch L. Scholl 2 Thlr. 39 Kr. Von den Parteigen. in Gießen durch R. Dr. des „Crimmischauer Bürger- und Bauernfreund“ 8 Thlr. 11 Gr. Von Hamburg durch L. Lindinger gesammelt auf Liste 101 1 Thlr. 18 Gr. und von Hoffmann auf Liste 106 1 Thlr. 6 Gr. 9 Pf., und von Schulz auf Liste 2 gesammelt 7 Thlr. 5 Gr. 3 Pf. Von Ges. Genossen in Stade durch Noet 7 Thlr. 5 Gr. Von den Parteigen. in Nürnberg durch G. Grillenberger 18 Thlr. 32 Kr. Von den Partei-

gen. in Pforzheim durch G. Burghard 5 Thlr. 23 Kr., und von 3 Thlr. in Pforzheim 1 Thlr. 45 Kr.

Hamburg, 6. Okt. 1872.

Mit sozial-demokratischem Gruß

H. Bennicke, Parteikassirer,

Kl. Schäferkamp 34.

Interims-Quittung.

Von J. D. in Siegburg Nr. 1. 10 Thlr. Von H. F. in Duisburg Nr. 28. 1 Thlr. 5 Gr. Von L. G. in Breslau Nr. 31. 10 Thlr. Von C. B. in Breslau Nr. 34a. 10 Thlr. Von Dr. B. in Gröbersdorf Nr. 34. Nr. 35. Nr. 36. Nr. 37. Nr. 38. a. 10 Thlr. Von J. G. M. in Gröbersdorf Nr. 39. 10 Thlr. Von J. H. M. in Gröbersdorf Nr. 40. 10 Thlr. Von Int. Gewerkschaft der Schuhmacher in Dresden Nr. 47. 10 Thlr. Von G. M. in Osabrück Nr. 59. 10 Thlr. Von W. B. in Limbach Nr. 78. 2 Thlr. Von C. P. in Limbach Nr. 79. 1 Thlr. Von G. S. in Limbach Nr. 80. 2 Thlr. Von Th. H. in Limbach Nr. 81. 1 Thlr. Von C. P. in Limbach Nr. 82. 1 Thlr. Von W. D. in Schm.-Smünd Nr. 88. 1 Thlr. Von W. D. in Schm.-Smünd Nr. 89. 1 Thlr. Von J. St. in Gethaim Nr. 90. 5 Thlr. 5 Gr. Von Dr. G. M. B. in Dresden Nr. 97. 98. 99. 100. 101. a 10 Thlr. Von G. R. in Reudorf Nr. 102. 1 Thlr. 15 Gr. Von C. T. in Gera Nr. 103. 10 Thlr. Von J. R. in Magdeburg Nr. 109. 10 Thlr. Von G. J. in Magdeburg Nr. 110. 1 Thlr. Von W. H. in Magdeburg Nr. 111. 1 Thlr. A. R. in Magdeburg Nr. 112. 1 Thlr. Von Frau R. in Magdeburg Nr. 113. 1 Thlr. Von Mittelweider Partei-Freunden Nr. 128. 10 Thlr. Von A. J. in Saarbrücken Nr. 129. 10 Thlr. Von C. K. in Dresden Nr. 130. 2 Thlr. Von K. K. in Ernstthal Nr. 131. 10 Thlr. Von G. H. in Ernstthal Nr. 132. 1 Thlr. 22 Gr. 6 Pf. Von C. B. in Ernstthal Nr. 133. 2 Thlr. 15 Gr. Von C. B. in Ernstthal Nr. 134. 1 Thlr. 11 Gr. 6 Pf. Von C. B. in Berlin Nr. 135. 10 Thlr. Von K. H. in Berlin Nr. 136. 1 Thlr. Von K. in Berlin Nr. 138. 1 Thlr. Von G. B. H. in Berlin Nr. 139. 10 Thlr. Von G. B. L. in Berlin Nr. 140. 1 Thlr. Von K. K. in Berlin Nr. 141 1 Thlr. Von K. M. in Berlin Nr. 142. 10 Thlr. Von Sch. in Berlin Nr. 143. 10 Thlr. Von Dr. M. in Berlin Nr. 144. 1 Thlr.

Hamburg, d. 6. Okt.

Mit Gruß
H. Bennicke.

Briefkasten.

der Expedition: Hartmann Mainz f. Abon. III. Qu. 9 Thlr. 28 Gr. — Jiragel, Grimmitzhan f. Abon. III. Qu. 14 Thlr. Bronnenmayer in Söppingen f. Abon. III. Qu. 5 Thlr 21 Gr. 4 Pf. — Guggenberger in Graz f. Abon. IV. Qu. 17 Gr. — Unger in Köthnersdorf bei Burgstädt: Correspondenzkarte unterm 8. Hs. an Sie gesandt. — Ubert in Dresden: Das Verlangte ist nicht auf Lager. — Scherbauer in Nürnberg für Schriften 2 Thlr. 4 Gr. — Jung in Regensburg: 1 Thlr. 22 Gr. f. Schriften und Lied in Regensburg f. Schriften 1 Thlr. 12 Gr. — Schneider in Marburg: f. Schriften 14 Gr. — Emil Roland in Reußkirch b. Saarbrücken: Photographie von 6 Pariser Communemittgl. sind zu haben. — Koenede in Spandau 12 Thlr. f. Abon. III. Qu. — Klees in Budau f. Abon. III. Qu. 12 Thlr. 18 Gr. — Dorn in Apolda f. Abon. III. Qu. 8 Thlr. 14 Gr.

der Redaktion: Jfran: Dedenburg, Ihr Schreiben haben wir dem Vorstand des hiesigen Schneidervereins übermittleit; das Gesey verbieth uns, in der von Ihnen gewünschten Form für Sie zu handeln. „Crimmischauer“! Den Inhalt des „Liberte“-Artikels über die belgische Kohlengrubenbewegung haben wir bereits in unserer Sonnabendnummer vom 5. d. M. resumirt. Es ist also unrichtig, wenn am 6. gesagt wird, daß „sämmliche übrige Blätter über den beregten Gegenstand vollständig schweigen.“

Für politisch Gemäßigete.

Von A. S. Wiesbaden 1 Thlr. — Wolf in Mülsen St. Niklas 1 Thlr. — S. und K. hier 8 1/2 Rgr. — von Hartisch hier f. Sept. 23 1/2 Rgr.

Für Leipzig.

Gewerkschaft der Holzarbeiter.

Sonnabend den 19. October Abends 8 Uhr, Generalversammlung im Saale des Herrn Zeißler, Gr. Windmühlenthr. No. 7.

Tagesordnung:

1. Kassenbericht des Gewerkschafts- und des Krankenkassirers
 2. Verschiedene Anträge.
- Die Mitglieder werden auf § 26 der Krankenkassen-Statuten aufmerksam gemacht.
D. B.

Für Leipzig und Umgegend.

Internationale Metallarbeitergewerkschaft.

Sonnabend, den 13. d. M. Abends 8 Uhr, A u f e r o r d e n t l i c h e S i z u n g bei Arnold.
Tagesordnung: Die neuen Statutenvorlagen.
Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig.
Aufnahme neuer Mitglieder. Montag Versammlung bei Obigem.

Internationale Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter-Gewerkschaft.

Da ich von heute ab, auf mindestens 4 Wochen verreist bin, sind alle unsre Gewerkschaft betreffenden Briefschaften zu richten: an Ludwig Wehlyorn, Exped. des Bürger- und Bauernfreund, Seider: an E. Stechert u. Co. hier. J. Rotteler, Grimmitzhan den 10. Okt. 1872
J. S. L. Wolf. (2) 2

Für Hamburg.

Sozial-demokratische Arbeiterpartei.

Versammlung am Montag, den 14. October, Abends 9 Uhr, in Eberhahn's Clublokal, Zeughausmarkt 31.

Tagesordnung: 1) Sozialpolitischer Wochenbericht. Referent: Braast. 2) Abstimung über die zu Mainz beschlossenen Organisationsänderungen.

Die Mitgliedslisten sind vorzulegen. August Geib.

Für Hannover.

Sozial-demokratischer Arbeiterverein.

Jeden Sonnabend, Abends 8 Uhr, Versammlung im Parling'schen Lokal Knochenhauerstraße 59, vis à vis der Kreuzkirche.
Jeden Mittwoch Bescheid.

Pünktliches Erscheinen der Mitglieder ist Ehrensache. Gäste haben Zutritt.
Der Vorsitzende.

Für Reutlingen.

Die Parteigenossen von Reutlingen und Pfullingen, werden auf Samstag, den 19. October, Abends 8 Uhr, zu Herrn Grünninger auf dem Markte (Rebenzimmer) freundlichst eingeladen. J. Koller.

Bekanntmachung.

Mit October d. J. hat Herr Anton Michael in Hohenstein Bahnhofsstraße Nr. 328 die

Filialexpedition für Hohenstein-Ernstthal übernommen.
Derselbe nimmt Bestellungen auf den „Vollstaat“ entgegen und hält soziale Schriften, Photographien und Volksstaatkalender stets zur geeigneten Abnahme bereit.

Den Parteigenossen

empfehlen wir für die Verbreitung der nachfolgenden Blätter eifrig zu wirken:

„Das Felleisen“ Organ der deutschen Arbeiterbildungsvereine in der Schweiz, erscheint alle 14 Tage einmal, Preis per Quartal 4 Sgr.

„Braunschweiger Volksfreund“ erscheint wöchentlich sechsmal kostet durch die Post bezogen per Quartal 15 Sgr. exclus. Befestigung. Verantwortl. Redakteur: W. Brade, jun.

„Cönnitzer Freie Presse“ erscheint wöchentlich sechsmal, kostet durch die Post bezogen per Quartal 15 Sgr. Verantwortl. Redakteur: Hermann Wed.

„Crimmischauer Bürger- und Bauernfreund“ erscheint wöchentlich sechsmal, Preis per Quartal durch die Post bezogen 12 1/2 Rgr. Redakteur: Gustav Kwadniewski.

Leipzig: Verantw. Redakteur A. R u t h. (Redaktion und Expedition Hofstr. 4.) Druck und Verlag von F. Thiele.
Hierzu eine Beilage.

Seinigen Feldzug.

Trotz ungeheurer Strategie und wunderbarer Führung, trotz Stieber's Polyzentrie und Attentats-Erprobung; Trotz Eurem großen Schlachtengott und Eurem Schlachtengötzen, trotz Festung, Buchhaus und Schaffot, Suberiusburg und Löben;

Trotz Kanzelparagraphen und trotz Hochverrats-Prozessen, trotz Eurer Dichter feilem Mund und Eurer feilen Presse;

Trotz Eurem Militärarrest — In finsternen Verliesen Das dulce et decorum est pro patria zu genießen;

Trotz allem Rheuma, allen Krum, trotz Krupp und allen Krüppeln, trotz allem Zintennstudium und Ladler's Zukunftsstülpeln;

Trotz allem Helmbüchermuth Der neuen Weltzerzauer, trotz allem noch verheißnem Blut Durch Werber oder Manjer;

Trotz allem Barbarossa-Spuk und anderen Fantomen, trotz Auerbach im Odenschnud Mit seinen „Astronomen“;

Trotz Fahnenweh'n und Vivatschrei'n und Transparent-Beschwendung, und Siegesfest-Salvaderer'n, von Bollern's hoher Sendung;

Trotz einer Beute, fabelhaft und trotz den Fonds der Waisen, Die beide mit vereinter Kraft Zwang-Deutschland bauen helfen;

Trotz Allem wär' der Fuß von Thon Nicht länger zu verfeiden, trotz Allem könnt' ein Steinchen schon Den Reichthum erschrecken! —

Von Nebenbuhlern schwer bedroht Wär' Euer Herr und Lenker; Herbei, Ihr Freunde in der Noth, Ihr wohlbedachten Denker!

Die Ihr Gewalt laßt auf Gewalt Ihn thürmen, und dem Feisch Andächtig Alles nachgelacht Im Bierhaus und am Theetisch —

Herbei Ihr Weisen an der Spree, Ihr unbedachten Pöbel, Erklärt den Krieg zu Land und See Den römischen Neptilien!

Erheitert „Ihn“ — thut in den Damm Die Syllabus-Verbreiter Und laßt dafür vernehren dann Kanonen, Fußvölk, Reiter! —

Georg Herwegh.

Ein Rückblick auf die Bewegung der Bergarbeiter im Zwidauer Inspektionsbezirke.

Die Bewegung der Bergarbeiter im Zwidauer Inspektionsbezirke datirt nicht von heute und gestern, sie ist vielmehr eine der ersten Bewegungen unter den deutschen Arbeiterschaften; daraus läßt sich aber keineswegs nachweisen, daß der Arbeiterstand eine hervorragende Zahl intelligenter Männer schon damals aufzuweisen hatte, wo die Bewegung ihren Anfang nahm; man könnte sogar das Gegentheil behaupten; wohl war es aber der ungeheure Druck, die theilweise Bergverwaltung, die von Seiten der Werksverwaltungen, sowie theils durch die Steinkohlenwerksbesitzer selbst auf die Bergarbeiter ausgeübt wurde, unter der die Letzteren sehr schwer zu leiden hatten und durch welche die Bergarbeiter aus ihrem Riesenschloß, wenigstens zum Theil, ausgerückt wurden. Waren doch die Werksbesitzer, resp. deren Werksverwaltungen, soweit gegangen, daß sie einem Hund unter sich geschloßen, jeden Bergarbeiter, welcher auf einem zum fraglichen Bunde gehörigen Steinkohlenwerke freiwillig außer Arbeit trat, die Arbeitsertheilung auf ein Vierteljahr auf den verbündeten Werken zu versagen! Welch schweren, weitgehenden Eingriff in die freie Bewegung der Bergarbeiter diese Maßregel war und welche Folgen sie haben mußte, können heute noch viele der Bergarbeiter, die damals durch den Vorn betroffen wurden, Zeugniß ablegen; sie können erzählen, wie sie sammt ihren Familien dem traurigsten Schicksale überliefert wurden, deswegen, weil der Ernährer für das ihm gebotene Lohn auf einem der Steinkohlenwerke nicht mehr gearbeitet und freiwillig seine Arbeitsertheilung genommen, dann aber ein Vierteljahr Bergarbeit nicht erhielt und somit sammt seiner Familie dem Hunger und Kummer preisgegeben war. Diese Gemahregelten bildeten nun das Schreckbild für die übrigen Bergarbeiter, und so erfüllte sich die wohlgemeinte Absicht der Werksbesitzer resp. deren Werksverwaltungen, den häufigen Arbeitswechsel der Bergarbeiter zu hindern, dahinter aber der Zweck, das goldene Kalb zu pflügen, um nicht dem Bergarbeiter, sondern des Werksbesitzers eigenem Geldsack den Nutzen der Beschränkung der freien Bewegung in der Arbeitsnahme zuzuführen. Wenn ich sage, daß gerade zur Zeit der Verbindung der Werksbesitzer resp. deren Werksverwaltungen die Löhne der Bergarbeiter mit rapider Schnelligkeit herabgedrückt wurden, so kann dies kein Bedenken erregen, denn dem Bergarbeiter blieb nur die Wahl unter zwei nicht angenehmen Bedingungen: entweder für den ihm gebotenen Lohn zu arbeiten, ohne Rücksicht auf seine Existenz, oder sich, im anderen Falle, aus seinem Berufe auf ein Vierteljahr hinauszuwerfen zu sehen.

Obwohl nun der fragliche Bund im Jahr 1858, so viel ich weiß, seine Endschick erreichte, so war doch auch der Zweck erreicht, den Erwerb des Bergarbeiters soweit beschränkt zu haben, daß derselbe bei der größten Kraftanstrengung nur soviel, als zum nackten Lebensunterhalt erforderlich ist, erwerben oder verdienen konnte. Neben diesem Uebel figurirten aber noch eine ganze Reihe anderer, die sich immer wieder, trotz ihrer Beschaffenheit, auf den Finanzpunkt concentrirten, die Arbeiter bedrückten und als Ausbeutungsmittel gegen die Letzteren gehandhabt wurden, so daß sich ein ganzer Koloss verschiedener Bedrückungen und Ausbeutungsmittel gegen die Bergarbeiter aufbaute, als im Jahr 1863, wenn ich nicht irre, ein Bergarbeiterverein zu Zwidau durch den damals aus der Bergarbeit in Folge Maßregelung entlassenen Bergzimmerling Heinrich Hau gegründet wurde. Dieser Verein verfolgte den Zweck der Krankenunterstützung; hielt jeden Sonntag Versammlung, wobei die wöchentlichen Beiträge, pro Mitglied 1 Rgr. zur Krankenkasse, vereinnahmt wurden u. s. w.;

die übrige Zeit wurde sehr häufig durch Debatten sehr unwichtiger Gegenstände vergeudet, die nur zu häufig zu persönlichen Streitigkeiten führten, so daß eine Beleuchtung der Lage der Bergarbeiter, sowie Aufklärung über Mittel zur Hebung des Bergarbeiterstandes gar nicht, oder nur so unmaßgebliche Erörterungen darüber stattfanden, daß alle Hoffnungen auf Hebung des Bergarbeiterstandes durch diesen Verein illusorisch zu werden drohten. Dies mochte der Grund sein, daß sich ein großer Theil der Mitglieder gegen die Vereinsverwaltung erklärte und schließlich ein Massenaustritt erfolgte. Die aus dem Bergarbeiterverein ausgetretenen Mitglieder gründeten sofort einen zweiten Verein, „Bergknappenverein“, in welchem, wie im Bergarbeiterverein, nur Bergarbeiter Aufnahme finden konnten; die Folge davon war, daß der Bergarbeiterverein in seiner Mitgliederzahl nicht unbedeutend geschwächt, der Bergknappenverein dagegen nur mäßig anerkennen konnte, weil beide Vereine einander feindselig gegenüberstanden und sich gegenseitig den Zuwachs abzuschneiden suchten. Diese Feindseligkeit wurde endlich dadurch beseitigt, daß in der Verwaltung des Bergarbeitervereins ein rascher zweimaliger Personenwechsel vorgenommen und Dinter den Vorsitz im Bergarbeiterverein erlangte. Der Verein wurde nun langsam in ein neues Fahrwasser eingelenkt, die mißliche Lage der Bergarbeiter und deren Ursachen wurden mehr in Erwägung gezogen, man suchte sich über Mittel zu verständigen, den Bergarbeiterstand zu heben u. s. w. Inzwischen war auch der Bergknappenverein, Herr Dieke, nicht untätig geblieben, für eine allgemeine große durch die Noth erheischte Bewegung der Bergarbeiter die Mitglieder seines Vereins vorzubereiten. Die Spigen beider Vereine waren sich darüber klar, daß sich mit diesen beiden Vereinen für das Ganze und Große nichts ausführen lasse, daß sie wohl aber einen Rückhalt zu bieten nicht ungeeignet erschienen. Die beiden Vereine repräsentirten zusammen eine Mitgliederzahl, die noch nicht einmal den 25sten Theil sämtlicher Bergarbeiter im Zwidauer Inspektionsbezirke bildete, und konnte also die Mittel zu einer größeren Agitation nicht bieten, wollten es geradezu aber auch nicht, sondern die zu leistenden Vereinsbeiträge einzig und allein der Krankenkasse zuführen und derselben erhalten sehen.

Dazu kam nun, daß neben den beiden genannten Vereinen für Bergarbeiter ein dritter Verein, der „allgemeine Arbeiterverein“ bestand, der aus Arbeitern aller Branchen zusammengesetzt war und auch einen größeren Theil Bergarbeiter unter seinen Mitgliedern zählte, die aber ihren eigenen Interessen fremd blieben.

Eine wichtige Thatsache kann hier nicht verschwiegen werden und zwar die, daß ein großer Theil der Vereinsmitglieder nur dem Verein beigetreten waren, nicht um Beiträge zu leisten, die der allgemeinen Sache dienen, sondern, um die Beiträge anderer Mitglieder für sich als Krankenunterstützung in Anspruch zu nehmen.

Aus allem diesem dürfte erklärlich werden, daß eine größere Agitation für die Interessen des gesammten Bergarbeiterstandes auf Grund des Bergarbeiter- und Bergknappenvereins zu den Unmöglichkeiten damals gehörte.

Auf Grund einer persönlichen Besprechung der beiden Vorsitzenden benannter Vereine wurden in denselben je sechs Mann erwählt, die die Aufgabe hatten, sich über den Plan und die nöthigen Mittel zur Hebung des Bergarbeiterstandes gemeinschaftlich zu verständigen und das Weitere vorzunehmen. Nur einige Sitzungen dieser Männer langten hin, um die Ueberzeugung zu gewinnen, daß niemals auf Grund der beiden Vereine eine größere Agitation zu Gunsten des Bergarbeiterstandes unternommen sei; daher entschloß man sich, ein Komitee niederzusetzen, welches, von beiden Vereinen unabhängig, an die Spitze sämtlicher Bergarbeiter im Zwidauer Inspektionsbezirke gestellt würde und seine Agitationsmittel von sämtlichen Bergarbeitern, die sich den Bestrebungen des Komitees anschließen wollten, zu erheben berechtigt sei.

Am Himmelfahrtstage des Jahres 1865 konstituirte sich das fragliche Bergarbeiter-Komitee, wobei Dinter als Vorsitzender, Dieke als Stellvertreter, Behold als Schriftführer gewählt wurden. Die Konstituierung benannten Komitees wurde laut Beschluß, unter Bekanntmachung der Namen der Komiteemitglieder, in beiden Lokalblättern zu Zwidau veröffentlicht, was zur Folge hatte, daß sämtliche Mitglieder, mit Ausnahme des Vorsitzenden, die Bergarbeiterschaft gekündigt wurde, mit der ausdrücklichen Bedingung, „entweder zu widerrufen, oder nach abgelaufener Kündigungsfrist aus der Bergarbeit entlassen zu werden.“ Die Lage des damaligen Bergarbeiterkomitees war daher eine sehr kritische; wollten die Mitglieder desselben in ihrer Funktion als Komiteemitglieder beharren, so hatten sie mit Sicherheit ihre Arbeitsertheilung zu erwarten, das Bergarbeiterkomitee, als neugeborenes Kind, welches dadurch die erste Feuerprobe zu bestehen hatte, war nicht nur vollständig mittellos, sondern auch ohne alle und jede Ueberzeugung, die Masse der Bergarbeiter für sich zu gewinnen. Da den Männern des Bergarbeiterkomitees der Stumpfsinn des größten Theils der Bergarbeiter, zu welcher sich noch die knechtische Furcht gesellte, nicht unbekannt war und man sich auch darüber klar war, daß, traten die Komiteemitglieder als solche aus ihrer Funktion zurück, um der angebotenen Maßregelung zu entgehen, nachfolger nicht mehr zu erlangen gewiesen wären, so bot der Vorsitzende des Komitees, obgleich, daß durch den Rücktritt der übrigen Mitglieder die denselben angebotene Maßregelung acceptirt und für Andere legal anerkannt worden wäre, seine eigene Person zum Opfer dar, obgleich er Vater von 5 noch unerzogenen Kindern war; er nahm die ganze Verantwortung in dieser Sache auf sich, und machte dies in beiden Lokalblättern Zwidau's bekannt; er rettete somit nicht nur die sämtlichen Mitglieder des Komitees aus der Klemme, sondern erhielt sie für die große Sache. Die nun nicht anders zu erwarten stand, wurde der Vorsitzende des fraglichen Komitees von dem Zwidauer Steinkohlenbau-Verein, ohne vorherige gezielte Ankündigung, sofort seiner Arbeit entlassen; es wurde ihm in seinem Atteste bezeugt, daß er sich „treu, ehrlich, fleißig und nichtern“ betragen habe, wegen Verleitung sämtlicher Offizianten aber sofort entlassen wurde. Die „Verleitung der Offizianten“ suchte man in der öffentlichen Bekanntmachung des Bergarbeiter-Komitees, und zwar speziell in den Worten: „sieht zu uns, wie wir zu Euch stehen, um das Sklavenjoch, unter dem der Bergarbeiterstand schmachtet, abzuschütteln.“ — Dieses Attest genügte, um die Arbeitserlangung auf einem anderen Steinkohlenwerke unmöglich zu machen. Die gegen das Attest erhobene Beschwerde wurde von dem königlichen Bezirksamt in Bezirkegericht zu Zwidau mit den Worten zurück gewiesen: „Seien Sie froh, daß Sie nicht mehr Bergarbeiter sind; da sind Sie doch sofort von dem „Sklavenjoch“ befreit!“ — Das war ein Trost, aber keine Hilfe! War man nun auch darauf gefaßt, daß die Steinkohlenwerksbesitzer, resp. deren Werksverwaltungen, nicht sofort die Hand bieten würden, die Lage ihrer Arbeiter dadurch aufzubessern, daß sie die nur allzuberechtigten Forderungen der Bergarbeiter erfüllen, so hatte man doch eine so große Fortnächdigkeit im Voraus zu sehen nicht vermocht; vielmehr gab man sich der Hoffnung hin, einen gütlichen Ausgleich zwischen beiden Parteien herbeiführen zu können.

Das Bergarbeiter-Komitee hielt nun eine Reihe von Sitzungen ab, in welcher dasselbe über die notwendigen Forderungen, den Bergarbeiterstand wieder zu heben, und darüber, wie diese Forderungen auf gesetzlichem Wege durchzuführen seien, Verathung pflog und sich klar zu werden suchte.

Nachdem eine Basis gelegt worden war, auf der hin die Hebung des Bergarbeiterstandes erfolgen sollte, schritt das Bergarbeiter-Komitee zur Abhaltung öffentlicher Bergarbeiterversammlungen, in welchen die mißliche Lage der Bergarbeiter soweit als möglich klar vorgebracht und erläutert wurde, die sittlichen wie finanziellen Schädigungen der Bergarbeiter in Erwägung gezogen, sowie die Mittel und Wege bezeichnet und beleuchtet wurden, die zur Hebung und Aufbesserung des Bergarbeiterstandes den günstigsten Erfolg versprechen ließen. Das Bergarbeiter-Komitee hatte sich also an die Spitze der sämtlichen Bergarbeiter im Zwidauer Inspektionsbezirke als anerkannter Vertreter derselben gestellt, die Machtbefugniß einer Vertretung wurde ihm mittelst Namensunterschrift jedes einzelnen Bergarbeiters zuerkannt.

Wenn nun das Bergarbeiter-Komitee die berechtigte Hoffnung hegte, die Namensunterschrift jedes einzelnen Bergarbeiters in kurzer Zeit zu besitzen, weil doch nur alles das angestrebt wurde, was jedem einzelnen Bergarbeiter und dessen Familie zu Gute kommen mußte, so hatte sich das fragliche Komitee sehr arg getäuscht, denn, nachdem 18 Bergarbeiterversammlungen in verschiedenen Orten abgehalten worden waren, war man noch nicht einmal in den Besitz der Namensunterschriften von der Hälfte der Bergarbeiter in dem fraglichen Inspektionsbezirke. Daraus läßt sich nun nicht folgern, daß das Komitee des Vertrauens ermangelt hätte, im Gegentheil, factisch war es die Furcht vor Verrath und Gefährdung seiner Existenz, welche Schuld war, daß ein Bergarbeiter nach dem anderen das Versprechen, die Unterschrift zu geben, zurückzog; andern Theils war ein großer Theil der Bergarbeiter mit seiner eigenen Lage noch vollständig unbekannt, und endlich mochte es sich um Fassung der 3 Kreuzgroßen handeln, die zu Agitationsmitteln bei Leistung der Unterschrift zu entrichten waren. Das Bergarbeiter-Komitee war daher genöthigt, an jedem Orte, wo Bergarbeiter domicilirten, einen Mann mit der Entgegennahme von Unterschriften zu betrauen, damit die Unterschriftsleistung der Offenheit entzogen wurde; was aber einer günstigen Agitation am meisten entgegentrat, war: daß sich auf jedem Steinkohlenwerke eine Schaar feiger Männer zum Spionendienst für die Offizianten gegen ihre Arbeiter gebrauchten ließ, um spionellertlich für sich Begünstigungen zu erwerben! —

In dieser Stellung fand uns der Bruderkrieg des Jahres 1866, welcher unserer Agitation neue Schranken setzte, so daß wir genöthigt waren, die öffentlichen Bergarbeiterversammlungen einzustellen. Die Agitationsmittel waren bis auf einen sehr geringen Betrag zusammengeschnitten, was seinen Grund darin findet, daß nicht einmal der dritte Theil der Unterschriften die festgestellten 3 Kreuzgroßen berechtigt hatte. Aus diesem winzigen Agitationsfonds wurde der Vorsitzende des Komitees in Folge seiner Erwerbslosigkeit gegen 15 Wochen mit wöchentlich 3 Thaler unterstützt; 15 Thaler waren durch zwei Unterschriftenjämmler, die mit Erhebung der bei der Unterschriftsleistung zu zahlenden 3 Kreuzgroßen beauftragt waren, unterschlagen worden, u. s. w.

Besser stand es mit dem Bergarbeiterverein, welcher bei Beginn des Krieges 1866 zwar stillstand, aber ein baares Vermögen von 192 Thaler aufzuweisen hatte. Nach Beendigung des Krieges 1866 und zwar am 1. Januar 1867 wurde der Bergarbeiterverein wieder eröffnet und bot die berechtigten Hoffnungen zu gutem Erfolge; aber schon am darauf folgenden Versammlungstage wurde der Antrag eingebracht, „den Baarbestand des Vereinsvermögens unter die Vereinsmitglieder zu vertheilen!“ Was bei diesem Antrage am auffälligsten erschien, war: daß er von einem Mitgliede eingebracht wurde, den man heute noch für einem Sozialdemokraten hält, der aber bis heute der Bergarbeiterbewegung durch Verdächtigungen und Verleumdungen einzelner Personen mögliche Hindernisse zu bereiten gesucht hat. Der Vorsitzende Dinter trat diesem Antrage mit aller Entschiedenheit entgegen, vermochte aber das Todesurtheil des Bergarbeitervereins nur auf drei Vereinsversammlungen hinaus zu verschieben, denn in jeder Versammlung wurde der Antrag erneuert und immer fanden sich mehr Freunde zum Worte des Vereins, bis endlich die Majorität für den Antrag zusammengerottelt war. Der Beschluß, den Baarbestand des Vereinsvermögens unter die Vereinsmitglieder zu vertheilen, wurde gefaßt und vollzogen; der Vereinsvorsitzende stellte eine Verrechnung auf, deart, daß die Mitglieder, die auf eine lange Zeit zum Verein gesteuert hatten, verhältnismäßig mehr erhielten als die Mitglieder, die nur kürzere Zeit Beiträge geleistet hatten; damit erklärten sich die Mitglieder einverstanden und so wurde das Vereinsvermögen an die Mitglieder zurückgezahlt und die Existenz des Bergarbeitervereins untergraben. Dazu kam nun die Cholera-Epidemie, die auch dem Bergarbeiterverein große Opfer auferlegte, die derselbe zu bringen außer Stande war, weil man ihn aller Mittel beraubt hatte. Die Nothwendigkeit, den Bergarbeiterverein abermals zu stiften, war vorhanden, und zwar in größtem Maßstabe; der größte Theil derjenigen Mitglieder, die für die Theilung des Vereinsvermögens gestimmt hatten, traten nun nach ihrer Heilung aus dem Verein aus, ein großer Theil der nichtausgetretenen Mitglieder verließ mit seinen Beiträgen im Rückstand oder meldete sich krank, kurz: die Anforderungen, die augenblicklich an die Masse des Bergarbeitervereins gestellt wurden, waren unmöglich nach den damaligen Verhältnissen zu bewältigen; einen Credit für den Verein zu erlangen, gehörte ebenfalls zu den Unmöglichkeiten und so blieb nichts übrig, als den Bergarbeiterverein zu stiften — und er schläft noch heute den ewigen Schlaf. —

Nicht besser erging es dem Bergknappenverein, welcher, durch die Antriebe einer Reaktionspartei unter seinen Mitgliedern, innerlich entzweit, endlich in Folge persönlicher Streitigkeiten sich freiwillig auflöste und heute der Aufzählung noch entgegen sieht.

Unstreitig war es aber der Allgemeine Arbeiterverein in Zwidau, der ein schlechtes Licht auf das Vereinswesen in Zwidau warf und verschiedene Bedenken auch unter den Mitgliedern im Bergarbeiter- und Bergknappenverein erregte, da die Mitglieder des Allgemeinen Arbeitervereins laut predigten, sie wären um ihr Vereinsvermögen schlechterdings durch die Verwaltung desselben betrogen worden.

Verfasser dieses verwehrt sich jedoch, mit Bezug hierauf eine Dehauptung auszusprechen zu wollen; er überläßt dies vielmehr dem damaligen Verwaltungsrath des ehemaligen Allgemeinen Arbeitervereins. Genug, der Allgemeine Arbeiterverein in Zwidau ging in erster Linie aus allen Fugen und trug nicht wenig zur Stirkung resp. Auflösung des Bergarbeiter- und Bergknappenvereins bei.

Wie schon bemerkt, mußten die öffentlichen Bergarbeiterversammlungen während des Krieges 1866 eingestellt werden, konnten aber auch nach Beendigung desselben in Folge der Choleraepidemie von Polizeibehörden nicht eröffnet werden. Ingegnen hatte das Bergarbeiter-Komitee seine regelmäßigen Sitzungen ununterbrochen fortgesetzt, einen Statutenentwurf für einen vereinigten Knappschäftsverband und eine vereinigte Knappschäftsliste vorbereitet und durchberathen, der nicht unerhebliche und nicht wenige Schwierigkeiten bei der Diskussion darbot. In erster Linie wurde die kgl. Sächsische Staatsregierung als die Person angesehen, die zur Verbesserung der mißlichen Lage der Bergarbeiter im Zwidauer Inspektionsbezirke nicht nur maßgebend, sondern verpflichtet sei; wir wurden aber auf unsere an dieselbe gerichteten begütlichen schriftlichen Vorträge, und zwar durch das königliche Finanzministerium, eines Besseren belehrt; dasselbe sagte in einer an das Bergarbeiterkomitee gerichteten Resolution:

Der Steinkohlenbau zu Zwidau und Umgegend ist ein Privat-Bergbau; es steht daher dem königlichen Finanzministerium ein Recht nicht zu, in Privatverhältnisse, die zwischen den dortigen Steinkohlenwerksbesitzern und deren Arbeitern bestehen, eingreifen zu können; wir sind daher auch nicht in der Lage, zu Gunsten der Bergarbeiter etwas verfügen zu können, es muß daher dem Bergarbeiterkomitee überlassen bleiben, sich mit den dortigen Steinkohlenwerksbesitzern zu einigen.

Was wir also von oben zu hoffen hatten, wußten wir. —

Die Aufstellung eines Statuts für eine vereinigte Knappschäftsliste war ein Rechtsanwalts Ertrag worden, wir erhielten von Letzterem auch das gewünschte Statut nebst einem Gutachten, welches aber darauf hinauslief, einen Verein für sämtliche Bergarbeiter benannten Bezirks zu gründen, für dieselben eine Kasse zu Errichten, Unterstützungen zu errichten, neben der auch gleichzeitig die bestehenden verschiedenen Knappschäftsverbände und Knappschäftslisten fortbestehen sollten. Daß wir mit derartigen Einrichtungen nicht vom alten Plage kamen, war klar; aber auch selbstverständlich, daß wir darauf nicht eingehen konnten und nicht eingingen.

Die öffentlichen Bergarbeiterversammlungen wurden wieder aufgenommen; wir fanden aber zu unserm großen Bedauern, daß die Erfolge der früheren Agitation ziemlich verloren gegangen waren; die knechtische Furcht unter den Bergarbeitern war aber einer männlichen Selbstbemühtsein gewichen, so daß das Feld leicht wieder er-

